

# Die Konjunktur in den westlichen Industriestaaten

## Die Konjunkturlage im Herbst 1982 und Prognose für 1983

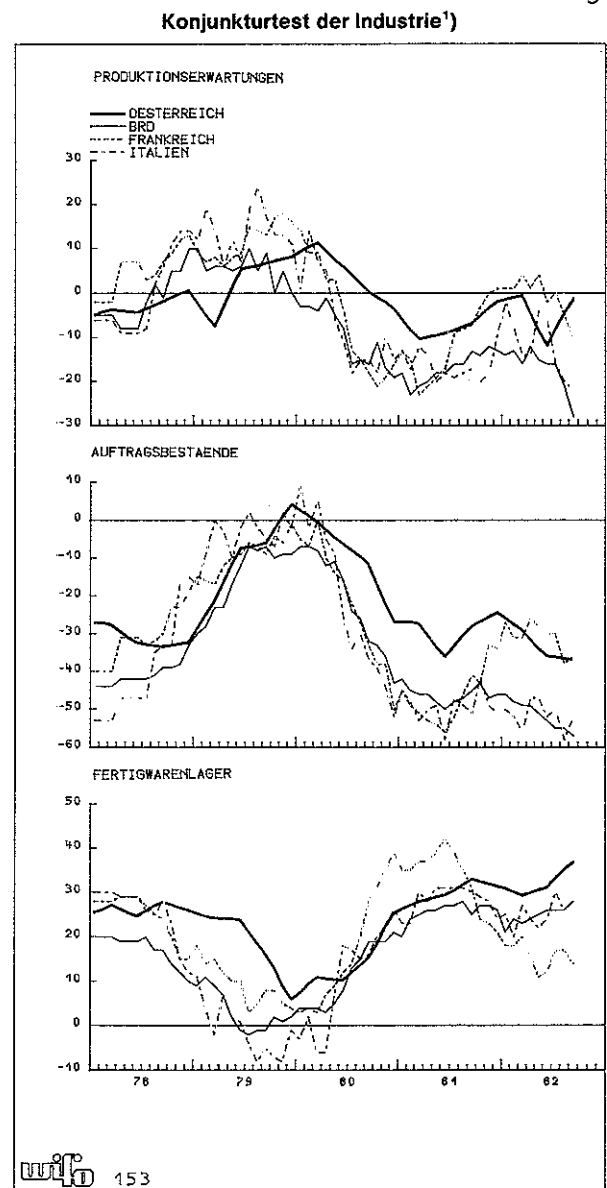
Die Rezession in der Weltwirtschaft, die Anfang 1980 einsetzte, ist hartnäckiger, als bisher angenommen wurde, und dauert unüblich lange. Üblicherweise setzt spätestens 1½ Jahre nach Beginn einer Rezession wieder ein Konjunkturaufschwung ein. Diese Hoffnung hatte man auch noch Anfang 1982, als die Exportdynamik — besonders jene Europas — noch kräftig war. Doch dann sackte der Export im Frühjahr plötzlich neuerlich ab. Dadurch wurde eine Welle des Pessimismus ausgelöst.

Der Hauptgrund für den neuerlichen Konjunkturreinbruch im Frühjahr und Sommer 1982 war die zunehmende Einschränkung der Importe der Nicht-OECD-Länder: aus der OPEC infolge rückläufiger Erträge aus Erdölverkäufen, aus Nicht-Erdöl-Entwicklungsländern und den Oststaaten wegen ihrer immer akuter werdenden Finanzierungsprobleme. Bis Jahresmitte 1982 glaubte man noch, daß für die meisten OECD-Länder — besonders für Europa — die Hauptkräfte für eine Konjunkturbelebung in einer günstigen Terms-of-Trade-Entwicklung und in hohen Exporten in die Nicht-OECD-Länder liegen könnten. Dies sollte zu einer Stimulierung des privaten Konsums und zu einem leichten Lageraufbau führen. Im Verlauf des Jahres ist allerdings der Druck auf den internationalen Finanzmärkten angesichts der zunehmenden Überschuldung vieler Entwicklungsländer und Oststaaten immer größer geworden. Damit wurden auch das Geschäftsklima der Unternehmer und die Konsumentenerwartungen pessimistischer (siehe auch die EG-Konjunkturtestdaten in Abbildung 1). Diese Entwicklung spiegelt sich in einer Reihe von Ereignissen. Die Banken sind in ihrer Kreditvergabe vorsichtiger geworden (besonders für Kredite an Entwicklungsländer). Der dadurch ausgelöste Nachfrageausfall trifft die Industrieländer härter als erwartet. Der Unternehmensektor legt nunmehr mehr Wert darauf, die Liquidität zu verbessern, und ist daher vorsichtig bei neuen Investitionen, beim Lageraufbau und in seiner Beschäftigungspolitik. Die Konsumenten scheinen ebenfalls zurückhaltender geworden zu sein. Dies zeigt sich in einem Anstieg der Sparquote.

In den USA folgte einer Erholung der Industrieproduktion im 2. Halbjahr 1980 und Anfang 1981 ein neuerlicher scharfer Rückschlag im Verlauf von 1981, der sich auch 1982 fortsetzte. Im 1. Halbjahr 1982 sank das reale BNP um 3½%. Der für den Sommer erwartete Aufschwung in den USA ist bisher ausgeblieben.

In Japan blieb die Inlandsnachfrage schwach, und das Wachstum des realen BNP war niedriger als in der Vergangenheit. Dieses geringe Wachstum wurde 1981 nur dank einer hohen Exportnachfrage erzielt. Im 1. Halbjahr 1982 stieg das reale BNP um 3%. In Europa stagniert die Wirtschaftsaktivität seit Herbst 1980. Die Industrieproduktion blieb im Durchschnitt sehr gedrückt, und es gab nur kleine Schwankungen.

Abbildung 1



Q: EG-Kommission. Konjunkturaussichten, Europäische Wirtschaft, Beiheft B; WIFO. — <sup>1)</sup> Saisonbereinigte Salden aus den optimistischen (+) und pessimistischen (–) Unternehmerantworten

## Übersicht 1

## Brutto-National- und -Inlandsprodukt

	Gewicht in % des OECD-BNP 1981	Durchschnittli- ches Wachstum 1968/1978	1978	1979	Veränderung gegen das Vorjahr in % zu konstanten Preisen		1982	1983
					1980	1981		
USA	38,5	2,9	4,4	2,8	-0,1	1,9	-2,0	2,0
Japan	14,8	6,6	5,0	5,5	4,4	3,0	2,5	3,0
BRD	9,0	3,5	3,2	4,5	1,9	-0,2	-1,0	0,0
Frankreich	7,5	4,4	3,7	3,5	1,2	0,3	1,5	0,5
Großbritannien	6,5	2,2	3,3	1,4	-1,4	-2,2	0,5	1,0
Italien	4,6	3,4	2,7	4,9	4,0	-0,2	1,0	0,5
Kanada	3,5	4,5	4,0	3,2	-0,1	2,9	-4,5	0,5
Große Industrieländer	84,4	3,8	4,1	3,5	1,1	1,3	-0,5	1,5
Spanien	2,4	4,9	2,7	0,6	1,2	0,3	1,5	2,0
Australien	2,1	3,7	2,1	4,6	1,8	4,1	1,0	1,5
Niederlande	2,0	3,9	2,7	1,8	0,6	-1,2	-1,0	0,0
Schweden	1,5	2,1	1,3	4,1	1,4	-0,8	0,0	1,0
Belgien	1,3	4,1	3,2	2,3	2,5	-1,7	-0,5	1,0
Schweiz	1,2	1,7	0,4	2,5	4,4	1,9	-1,0	0,0
Österreich	0,9	4,4	0,5	4,8	3,2	0,0	1,0	1,5
Dänemark	0,8	3,1	1,3	3,1	-0,2	-0,2	1,0	-0,5
Türkei	0,8	6,3	2,9	-0,9	-0,6	4,0	4,5	4,0
Norwegen	0,7	4,3	4,5	4,5	3,8	0,8	-0,5	0,5
Finnland	0,6	4,0	2,3	7,6	5,0	1,4	0,5	1,0
Griechenland	0,5	5,9	6,7	3,8	1,7	-0,7	-0,5	0,5
Neuseeland	0,3	2,9	3,0	1,0	2,5	3,7	-0,5	0,5
Portugal	0,3	4,8	3,4	4,5	5,5	1,7	2,0	2,0
Irland	0,2	4,1	6,7	2,5	1,8	1,1	1,0	1,5
Luxemburg	0,0	3,6	4,6	4,4	0,4	-2,0	-0,5	1,0
Island	0,0	5,6	5,0	2,7	2,6	1,5	-3,5	-2,5
Kleine Industrieländer	15,6	3,9	2,4	2,9	1,9	0,8	0,5	1,0
OECD insgesamt	100,0	3,8	3,8	3,4	1,3	1,2	-0,5	1,5
OECD-Europa	40,8	3,6	3,0	3,3	1,5	-0,3	0,5	0,5
EG <sup>1)</sup>	32,4	3,5	3,3	3,4	1,3	-0,6	0,0	0,5
EFTA	5,2	3,1	1,6	4,4	3,4	0,6	0,0	1,0

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Einschließlich Griechenland

## Übersicht 2

## Industrieproduktion

	Gewicht <sup>1)</sup> in %	1978	1979	Veränderung gegen das Vorjahr in %		1982	1983
				1980	1981		
USA	35,5	5,8	4,4	-3,6	2,7	-8,0	3,0
Japan	13,0	6,2	8,2	6,8	3,1	2,0	4,5
BRD	14,3	1,8	5,4	-0,2	-1,3	0,0	0,5
Frankreich	8,4	1,7	4,5	-0,8	-2,2	-1,0	0,0
Großbritannien	5,5	2,9	3,9	-6,6	-3,9	1,0	1,5
<i>Manufacturing<sup>2)</sup></i>		0,7	0,5	-8,5	-6,2	0,0	1,0
Italien	4,9	2,1	6,7	5,2	-2,2	0,5	1,0
Kanada	3,4	3,6	5,3	-1,9	0,9	-9,0	0,5
Große Industrieländer	85,0	4,3	5,3	-0,8	0,8	-3,5	2,0
Spanien	2,5	-3,4	0,1	1,4	-1,9	0,0	2,0
Australien	1,7	1,6	5,4	0,3	2,6	1,0	2,0
Niederlande	2,0	0,8	2,5	-0,5	-1,7	-2,0	0,0
Schweden	1,7	-1,1	7,2	-1,5	-3,2	-1,0	2,0
Belgien	1,6	2,6	4,6	-1,3	-2,6	0,5	2,0
Schweiz	2,2	0,2	1,6	5,8	1,1	-1,0	1,0
Österreich	1,0	1,9	7,5	2,9	-2,0	1,0	1,5
Norwegen	0,7	10,4	7,2	6,1	-0,2	0,0	1,0
<i>Manufacturing<sup>2)</sup></i>		-1,6	2,0	1,3	-1,2	-1,5	1,0
Finnland	0,6	5,2	10,6	7,7	1,4	-1,5	2,0
Griechenland	0,3	7,6	6,1	1,0	-0,8	-2,0	1,0
Portugal	0,4	6,9	7,2	5,4	0,7	2,0	2,5
Irland	0,2	8,5	6,1	-0,9	1,9	1,0	2,0
Luxemburg	0,1	3,2	3,4	-3,3	-6,8	0,0	2,0
Kleine Industrieländer	15,0	1,2	4,2	1,4	-0,8	-0,3	1,5
OECD insgesamt	100,0	3,8	5,1	-0,4	0,6	-3,0	2,0
OECD-Europa	46,4	1,8	4,8	0,1	-1,9	-0,0	1,0
EG <sup>3)</sup>	37,3	2,0	5,0	-0,6	-2,1	-0,0	0,5
EFTA	6,6	2,1	5,7	3,7	-0,6	-0,5	1,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> in Prozent der OECD-Industriewertschöpfung 1975 — <sup>2)</sup> Ohne Erdölproduktion — <sup>3)</sup> Einschließlich Griechenland

des BNP um die Nulllinie. Im 1. Halbjahr 1982 nahm das reale BNP in Europa um etwa 1% zu, in der gesamten OECD ist es dagegen um 3/4% gesunken. Diese schon zwei Jahre anhaltende "Quasistagnation" hat den Inflationsauftrieb deutlich gebremst. Infolge des Nachgebens der Dollarpreise für Rohstoffe (besonders für Erdöl) und der großen Lohnzurückhaltung in den meisten Industrieländern sind die Inflationsraten deutlich zurückgegangen. Besonders stark sanken sie in den USA, in Japan, in der BRD und in Großbritannien. Andererseits ist die Arbeitslosigkeit innerhalb der OECD auf über 30 Millionen Personen (Mitte 1982) gestiegen (verglichen mit 20 Millionen Ende 1979, bevor die Rezession einsetzte).

Aus einer Reihe von Gründen (Wirtschaftspolitik, Gefahr einer internationalen Finanzkrise, zunehmender Protektionismus im Welthandel) ist die Erstellung von Prognosen in der gegenwärtigen Situation mit besonderen Unsicherheiten behaftet.

Unabhängig von der jeweiligen wirtschaftspolitischen Zielsetzung ist fast allen Ländern gemeinsam, daß die Budgetdefizite derzeit und in naher Zukunft auf Grund der Wirkung der "automatischen Stabilisatoren" (Steuerausfälle und höhere Arbeitslosenzahlungen infolge der Rezession) wachsen werden. Die OECD schätzt, daß im Zeitraum 1979 bis 1982 die Zunahme der Budgetdefizite in den wichtigsten OECD-Ländern im Ausmaß von über 2% des BNP auf folgende Einflüsse zurückzuführen ist:

- fast 3% auf Grund "automatischer Stabilisatoren",
- 1% wegen höherer Zinszahlungen (der positive Rest von etwa 2% ergibt sich aus sonstigen restriktiven diskretionären Maßnahmen).

Die in den letzten Jahren in einigen Ländern (besonders in Großbritannien und in den USA) bewußt verfolgte Politik, mit der man die Staatshaushalte besser ins Gleichgewicht bringen und die Inflation verringern wollte, hatte kaum stimulierende Effekte, sondern dämpfte die Wirtschaftsaktivität. Dadurch stiegen die Defizite erneut. Werden nun neue restriktive Maßnahmen ergriffen, damit einmal festgelegte Ziele für ein Haushaltsgleichgewicht eingehalten werden, dann entsteht die Gefahr eines "overkill", d. h. einer selbstausgelösten rezessiven Spirale. Solche Rezessionstendenzen könnten durch außenwirtschaftliche Effekte und monetäre Maßnahmen ausgeglichen werden. Allerdings gingen gerade die USA mit einer Politik der hohen Zinsen (und damit verbunden einer Dollaraufwertung) voran, wodurch auch die Entwicklung in Europa beeinflusst wurde. Die kurzfristigen Zinsen sind — ausgehend von den USA — seit Juli stark gefallen, die langfristigen haben aber nur bis zu 3 Prozentpunkten nachgegeben. Da in den meisten Ländern der Finanzierungsbedarf der öffentlichen Haushalte steigt, ist eher mit einer langsamen Anpassung der Zinsen nach unten zu rechnen. Insgesamt ist auf Grund des anhaltenden Rückgangs der Inflation in na-

her Zukunft doch mit einer etwas flexibleren und lokaleren Geldpolitik zu rechnen.

Die OECD hat in Simulationen errechnet, daß eine Senkung der lang- und kurzfristigen Zinsen um 2 Prozentpunkte in allen OECD-Ländern (zusammen mit einer 10prozentigen Abwertung des Dollars gegenüber allen übrigen Industrieländern) das reale BNP der gesamten OECD im ersten Jahr um 1/2 Prozentpunkt anheben würde, und daß dieser positive Effekt nach drei Jahren kumulativ 1 1/2 Prozentpunkte ausmachen könnte. Eine 10prozentige Dollarabwertung allein würde insgesamt geringere Effekte haben. Das BNP der USA würde nach drei Jahren nur um 1/2 Prozentpunkt höher liegen, entsprechend niedriger würde das BNP in Europa sein. Der Dollar scheint gegenwärtig nach allen Kriterien (Kaufkraftparität, Zinsdifferential, Leistungsbilanzentwicklung in den USA) gegenüber der DM und dem Yen überbewertet zu sein. Die gegenwärtige Prognose trifft in Übereinstimmung mit der OECD die technische Annahme, daß der Dollar bei Konstanthalten der derzeitigen Paritäten effektiv (gegenüber allen anderen Ländern) 1982 um 10% und 1983 um 3 1/2% aufwerten wird.

Alle Prognoseinstitutionen, wie die Vereinigung europäischer Konjunkturforschungsinstitute (AIECE), die OECD und nationale Prognosestellen, mußten die

Übersicht 3

	Arbeitslosenraten					
	1978	1979	1980	1981	1982	1983
	in %					
USA	6,0	5,8	7,1	7,6	9,5	10,2
Japan	2,2	2,1	2,0	2,2	2,5	2,5
BRD	4,3	3,8	3,9	5,6	7,5	8,5
Frankreich	5,2	6,0	6,4	7,3	8,5	9,5
Großbritannien	5,7	5,4	6,8	10,6	12,2	13,0
Italien	7,2	7,7	7,5	8,4	9,5	10,5
Kanada	8,4	7,5	7,5	7,6	11,0	12,5
Große Industrieländer <sup>1)</sup>	5,2	5,1	5,8	6,7	8,2	8,9
Spanien	7,5	9,2	11,8	14,4	16,0	17,5
Australien	6,4	6,2	6,1	5,8	7,5	8,5
Niederlande	5,0	5,1	5,8	9,1	12,5	15,0
Schweden	2,2	2,1	1,9	2,5	3,3	3,7
Belgien	10,5	10,9	11,8	14,3	16,5	17,5
Schweiz	0,4	0,3	0,2	0,2	0,6	0,6
Österreich	2,1	2,0	1,9	2,4	3,7	4,2
Dänemark	7,3	6,0	6,9	9,2	9,7	11,0
Türkei	14,0	15,0	15,8	16,5	17,5	19,0
Norwegen	1,1	1,3	1,1	1,5	1,7	2,2
Finnland	7,5	6,2	4,9	5,3	7,0	8,0
Griechenland	1,7	1,8	1,9	4,4	6,0	8,0
Neuseeland	4,5	5,0	6,3	6,3	7,0	7,5
Portugal	8,1	8,2	7,8	8,2	7,7	9,0
Irland	8,4	7,5	8,3	10,5	11,5	13,5
Luxemburg	0,7	0,7	0,7	1,0	1,3	1,5
Island	0,5	0,5	0,6	0,4	0,7	1,0
Kleine Industrieländer <sup>1)</sup>	5,7	5,9	6,5	7,9	9,4	10,6
OECD insgesamt <sup>2)</sup>	5,3	5,2	6,3	7,1	8,6	9,3
OECD-Europa <sup>2)</sup>	5,4	5,5	7,1	8,4	9,9	11,0
EG <sup>3)</sup>	5,6	5,6	6,1	8,1	9,7	10,8
EFTA <sup>3)</sup>	2,6	2,4	2,1	2,5	3,3	3,7

Q: OECD EG, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Gewichtet mit BNP-Anteilen laut Übersicht 1 — <sup>2)</sup> Die Aggregate errechnen sich aus der Summe der Arbeitslosen, dividiert durch die Summe des Arbeitskräfteangebotes laut OECD — <sup>3)</sup> Einschließlich Griechenland

Prognosen sowohl für dieses als auch für das kommende Jahr herunterrevidieren. Gegenüber dem WIFO-Bericht vom Mai wird die Veränderungsrate des realen BNP der gesamten OECD für 1982 von 0% auf -0,5% und für 1983 von +2,5% auf +1,5% herabgesetzt. Im gleichen Maß wurde auch die Prognose für OECD-Europa (jetzt 1982 +0,5%, 1983 +0,5%) herabgesetzt. Der Hauptgrund liegt in der zu optimistischen Einschätzung der Exporte der OECD-Länder in die Nicht-OECD-Länder. Die insgesamt niedrigen Wachstumsraten für 1982 und 1983 haben nicht den Charakter üblicher Konjunkturaufschwünge, sondern müssen weiterhin als "Quasistagnation" angesehen werden. Die prognostizierte leichte Wachstumsbelebung im außereuropäischen Raum im kommenden Jahr stützt sich vorwiegend auf die Belebung des privaten Konsums (besonders in den USA und in Japan), die aber angesichts der gedrückten Realeinkommensentwicklung und der sich verschärfenden Arbeitsmarktprobleme fraglich erscheint. Die Arbeitslosigkeit wird weiter (auf 33½ Millionen Ende 1983 oder 9½% der Erwerbsbevölkerung) steigen.

**Preise und Löhne**

**Rohstoffpreise**

Die Notierungen der internationalen Rohstoffpreise sind im Laufe des Jahres weiter zurückgegangen. Angesichts der hartnäckigen Stagnation in den Industriestaaten hielten sich die Weltmarktpreise insgesamt noch besser als erwartet. Der HWWA-Index (auf Dollarbasis) ist in den ersten beiden Quartalen 1982 im Vergleich zum Vorquartal um jeweils 2½% gesunken, im III. Quartal nur noch um 1½%. Ohne Energierohstoffe hat sich der Preisverfall allerdings zuse-

hends verschärft (-1½%, -3%, -6%) Trotz rezessionsbedingt schwacher Nachfrage sind die Industrierohstoffe<sup>1)</sup> insgesamt weniger stark gefallen als die Preise für Nahrungs- und Genußmittel (siehe Übersicht 4). Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel ist das Preisniveau, gemessen am HWWA-Index, bis zum Herbst 1982 auf den tiefsten Stand seit dem Frühjahr 1976 gefallen. Der Angebotsdruck infolge guter Ernten 1980/81 und 1981/82 und die konjunkturelle Dämpfung der Nachfrage ließen die Preise sinken. Die Preise für Weizen und Futtergetreide gaben besonders im III. Quartal 1982 stark nach, als die Ernteschätzungen in den USA für die Saison 1982/83 hinaufgesetzt wurden. Zusätzlich drückte die Vermutung, daß der Einfuhrbedarf der Sowjetunion in der Saison 1982/83 weit geringer sein könnte als bisher angenommen, die Getreidemärkte. Zudem sind die Lager in den USA voll, sodaß neue Exportanreize (über Zinsverbilligungen) geplant sind. Der Internationale Weizenrat hat die Ernteschätzung für 1982 noch einmal nach oben revidiert. Die Weltweizenenernte dürfte demnach 1982 466 Mill. t betragen, nach 460 Mill. t 1981. Auch die Zuckerpreise werden durch anhaltende Produktionsüberschüsse und hohe Lagervorräte gedrückt. In den letzten Monaten stabilisierten sie sich allerdings auf einem Niveau, das rund 20% höher lag als im Vorjahr. Auch auf dem Kakaomarkt setzte sich die Baisse nicht fort, das Preisniveau lag aber im Herbst noch um 17% unter dem Niveau des Vorjahres.

Die Energiepreise haben sich zu Jahresmitte gleichfalls stabilisiert, nachdem sie im 1. Halbjahr noch gesunken waren. Die Erdölmärkte werden dominiert von anhaltend schwacher Nachfrage, einem Abbau der Lager und erheblichen Preisabschlägen vom offiziell-

<sup>1)</sup> Siehe dazu eine detaillierte Besprechung von E Volk: Entwicklung und Prognose der Weltmarktpreise für Industrierohstoffe, in diesem Heft.

Übersicht 4

**Entwicklung der Weltrohstoffpreise  
HWWA-Index<sup>1)</sup>**

	Gewicht in %	1980	1981	1981			1982			1982	1983
		Ø	Ø	III Qu	IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu	Ø	Ø	
		Veränderung gegen die Vorperiode in %									
Gesamt	100,0	47,9	6,5	-1,0	1,2	-2,3	-2,6	-1,3	-5,0	0,0	
Gesamt ohne Energierohstoffe	36,8	13,7	-13,9	-4,7	-2,5	-1,6	-3,2	-5,8	-12,0	0,0	
Nahrungs- und Genußmittel	15,9	15,5	-16,2	-7,1	-2,2	-0,2	-6,5	-6,2	-17,0	-4,0	
Getreide	4,6	14,7	1,0	-7,4	-8,1	-5,0	-1,6	-8,4	-21,0	0,0	
Ölsaaten, Öle	2,9	-8,0	-0,9	-5,3	-8,7	-3,7	1,7	-11,2	-18,0	-1,0	
Genußmittel Zucker	8,4	23,0	-26,1	-7,8	2,3	3,3	-11,2	-3,2	-16,0	-7,0	
Industrierohstoffe	20,9	12,5	-12,4	-3,1	-2,8	-2,5	-1,1	-5,5	-12,0	2,0	
Agrarische Industrierohstoffe	10,1	15,1	-10,9	-6,2	-4,2	-0,5	1,2	-9,0	-12,0	-1,0	
NE-Metalle	6,1	9,0	-15,7	0,1	-3,0	-4,1	-8,5	-1,1	-16,0	7,0	
Eisenerz Schrott	4,7	12,2	-10,3	-0,1	1,6	-4,5	5,8	-3,4	-6,0	3,0	
Energierohstoffe	63,2	65,1	13,6	0,0	2,2	-2,4	-2,5	-0,2	-3,0	0,0	
Kohle	5,5	15,0	4,3	-0,3	5,2	-0,1	-2,9	-4,8	-2,0	-2,0	
Rohöl	57,7	68,6	14,0	0,0	2,0	-2,5	-2,5	0,0	-3,0	0,0	

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg; Prognosen 1982-1983: AIECE Arbeitsgruppe für Weltmarktpreise — <sup>1)</sup> Neuer Index: 1975 = 100 Dollarbasis gewichtet mit Warenimporten der Industrieländer

len OPEC-Preis von 34 \$ je Barrel. Der Erdölverbrauch war sowohl in den Industrie- als auch in den Nicht-Erdöl-Entwicklungsländern viel niedriger, als bisher angenommen wurde. Diese allgemeine Schwäche der Energienachfrage hatte Rückwirkungen auf die OPEC-Produktion. Bereits im März 1982 wurde eine Produktionsdrosselung innerhalb der OPEC auf 17½ mbd (million barrels per day) beschlossen. Tatsächlich fiel die Produktion in letzter Zeit auf 18½ mbd (verglichen mit einem Produktionsniveau von 30 mbd 1979). Saudi-Arabien hat die Produktion besonders stark eingeschränkt, um den offiziellen Richtpreis von 34 \$ je Barrel halten zu können. Die OECD nimmt an, daß die OECD-Erdölimportpreise in Dollar 1982 und 1983 unverändert auf diesem Niveau bleiben werden. Das bedeutet, daß der Preis 1982 um etwa 3½% sinkt (dies entspricht auch den Überlegungen der AIECE, siehe Übersicht 4)

**Verbraucherpreise**

Der Auftrieb der Verbraucherpreise hat sich im Laufe dieses Jahres rezessionsbedingt weiter abgeschwächt. Im September betrug die Inflationsrate für die gesamte OECD 7½%, in Europa immer noch fast 10%. Das sind die niedrigsten Inflationsraten seit An-

fang 1978. Die höchsten Inflationsraten gab es nach dem zweiten Erdölpreisschock im Frühjahr 1980 mit 13½%. Zur Abschwächung der Inflation trugen vor allem der starke Rückgang der Rohwarenpreise (bei fast konstanten Energiepreisen) und eine ständige Verlangsamung des Wachstums der Nominallöhne als Reaktion auf Rekordarbeitslosenraten bei. Für 1982 wird eine Inflationsrate für die gesamte OECD von 8% (nach 10,5% 1981) und für 1983 ein weiterer Rückgang auf 7% erwartet. In OECD-Europa wird die Inflationsrate von 10,5% (1982) auf 9% zurückgehen (siehe Übersicht 5).

**Löhne**

Die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage dämpfte die Lohnentwicklung. Die Brutto-Reallöhne dürften 1982 in der gesamten OECD pro Kopf mit +1% gleich rasch steigen wie 1981 (siehe Übersicht 6), in Europa mit +0,5% in beiden Jahren etwas schwächer. Aus den bisherigen Abschlüssen der Lohnrunden für das kommende Jahr läßt sich erkennen, daß die Reallohnentwicklung weiterhin gedämpft bleiben wird.

Viele Länder sehen in der Senkung der Lohnkosten das einzige Mittel, mit dem sie verlorene Wettbe-

Übersicht 5

	Gewicht <sup>1)</sup>	Durchschnittliches Wachstum 1988/1978	Verbraucherpreise					
			1978	1979	1980	1981	1982	1983
	in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
USA	36,2	6,5	7,7	11,3	13,5	10,3	6,0	5,5
Japan	13,1	9,1	3,8	3,6	8,0	4,9	2,5	3,0
BRD	9,8	4,7	2,7	4,1	5,5	6,0	5,0	3,5
Frankreich	8,9	8,4	9,2	10,7	13,5	13,3	12,5	10,0
Großbritannien	6,7	11,7	8,3	13,4	18,0	11,9	9,0	6,5
Italien	5,3	11,1	12,1	14,8	21,2	19,5	16,5	15,0
Kanada	3,1	6,9	8,9	9,1	10,2	12,5	11,0	9,0
Große Industrieländer	83,1	7,6	7,0	9,5	12,4	10,1	7,0	6,0
Spanien	3,2	12,8	19,7	15,7	15,5	14,6	14,5	13,5
Australien	1,8	8,6	7,9	9,1	10,1	9,7	10,5	10,0
Niederlande	2,2	7,3	4,1	4,2	6,5	6,7	6,0	5,0
Schweden	1,4	8,1	10,0	7,2	13,8	12,0	8,5	12,0
Belgien	1,6	6,7	4,5	4,5	6,7	7,6	9,0	8,0
Schweiz	1,4	4,8	1,0	3,7	4,0	6,5	5,5	4,0
Österreich	0,9	6,0	3,6	3,7	6,4	6,8	5,5	4,7
Dänemark	0,8	8,6	10,0	9,6	12,3	11,7	10,0	8,0
Türkei	0,8	19,7	61,9	63,5	95,9	36,4	30,0	20,0
Norwegen	0,6	8,2	8,1	4,7	10,9	13,7	11,5	11,0
Finnland	0,6	9,7	7,7	7,5	11,7	11,9	9,5	9,5
Griechenland	0,6	10,4	12,5	19,0	24,9	24,5	22,0	21,0
Neuseeland	0,3	10,0	12,0	13,7	17,2	15,4	13,0	12,0
Portugal	0,4	14,9	22,6	23,6	16,6	20,0	23,0	20,0
Irland	0,2	11,5	7,6	13,3	18,2	20,4	17,5	13,0
Luxemburg	0,1	5,9	3,1	4,5	6,3	8,1	10,0	9,5
Island	0,0	26,1	45,1	44,1	57,6	51,2	50,0	55,0
Kleine Industrieländer	16,9	9,4	11,9	11,6	15,1	12,4	11,5	10,5
OECD insgesamt	100,0	7,9	7,9	9,8	12,9	10,5	8,0	7,0
OECD-Europa	45,5	8,7	9,0	10,5	14,0	12,0	10,5	9,0
EG <sup>2)</sup>	36,2	8,3	7,2	9,5	12,7	11,5	10,0	8,0
EFTA	5,3	7,6	7,0	6,7	9,6	10,4	9,0	9,0

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Privater Konsum in % des Privaten Konsums der OECD insgesamt — <sup>2)</sup> Einschließlich Griechenland

**Reallöhne, Produktivität, Arbeitsstückkosten**

	Reallöhne <sup>1)</sup>			Produktivität <sup>2)</sup>			Arbeitsstückkosten <sup>3)</sup>		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983	1981	1982	1983
	Veränderung gegen das Vorjahr in %								
USA	10	0,5	1,5	0,8	-1,0	1,5	8,8	7,0	5,5
Japan	27	3,0	3,5	2,1	1,5	2,5	7,8	-7,5	0,0
BRD	-0,6	-1,5	0,5	0,5	0,5	0,5	-14,2	-3,5	1,5
Frankreich	1,8	2,0	1,5	1,0	2,5	1,5	-9,0	-5,5	3,5
Großbritannien	1,6	0,5	1,5	2,7	3,0	2,5	-2,6	-5,5	3,5
Italien	2,9	3,5	3,5	-0,6	1,0	0,5	-2,1	3,5	14,0
Kanada	-0,1	0,5	0,5	0,3	-1,5	2,0	8,3	9,0	5,5
Große Industrieländer	1,3	1,0	2,0	1,1	0,5	1,5	3,1	1,0	4,0
Spanien	0,3	0,0	1,0	3,5	4,0	3,0	-10,8	-2,0	7,0
Australien	4,7	4,5	-0,5	2,2	0,5	1,5	12,3	3,0	3,5
Niederlande	-3,4	-0,5	-1,5	0,5	1,5	1,5	-15,6	-1,5	-0,5
Schweden	-1,4	-1,0	-1,5	-0,8	1,0	2,0	-5,2	-7,0	3,0
Belgien	0,0	-2,0	-1,0	1,2	1,5	1,5	-14,0	-12,5	0,5
Schweiz	0,8	0,0	0,5	-0,3	0,0	1,5	-8,8	4,0	0,0
Österreich	0,2	1,5	1,5	0,0	1,5	1,5	-11,0	-1,5	1,5
Dänemark	-1,4	0,5	-1,0	1,7	2,0	1,5	-12,5	-4,5	3,5
Norwegen	-3,1	0,0	0,0	-0,5	-1,0	0,5	-2,7	3,0	5,0
Finnland	0,0	1,0	0,0	-0,6	1,0	2,0	-0,5	4,5	4,0
Griechenland	-2,7	5,4	0,0	-1,8	0,5	1,0	0,7	12,0	16,0
Neuseeland	0,7	0,0	0,5	2,1	0,5	0,5	3,3	2,0	8,0
Irland	-2,1	-3,5	-2,0	2,6	2,5	3,0	-4,4	1,5	6,0
Kleine Industrieländer	-0,1	0,5	-0,5	1,0	1,5	1,5	-6,2	-1,0	3,5
OECD insgesamt <sup>4)</sup>	1,1	1,0	1,5	1,1	0,5	1,5	1,7	1,0	4,0
OECD-Europa <sup>5)</sup>	0,5	0,5	1,0	0,9	1,5	1,5	-8,5	-3,0	4,0

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Gesamtwirtschaft: Brutto-Lohn- und Gehaltssumme je unselbständig Beschäftigten, deflationiert mit dem Deflator des privaten Konsums — <sup>2)</sup> Reales BNP/BIP je Beschäftigten (Selbständige + Unselbständige) — <sup>3)</sup> Gesamtwirtschaft: Brutto-Lohn- und Gehaltssumme dividiert durch reales BNP/BIP, in Dollar; die Prognosen für 1982 und 1983 basieren auf den durchschnittlichen Wechselkursen zwischen 9. August und 3. September 1982 — <sup>4)</sup> Gewichtet mit den BNP-Gewichten laut Übersicht 1 ohne Island, Luxemburg, Portugal und Türkei

werbsfähigkeit wiedererlangen könnten. Wird dieser Wettlauf der Lohnkostensenkung von allen Ländern mitgemacht, neutralisiert sich allerdings wieder der dadurch erhoffte Wettbewerbsvorsprung eines einzelnen Landes. Einige Länder (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich) haben in diesem Jahr Lohn-Preis-Stops eingeführt, um die Lohn-Preis-Spirale zu brechen, einige (Kanada, Dänemark, BRD, Niederlande, Japan, Großbritannien) haben die Gehaltssteigerungen der öffentlich Bediensteten gestoppt. Die Arbeitsstückkosten in einheitlicher Währung (Dol-

lar; Übersicht 6) geben die länderspezifische Konkurrenzposition an. Sowohl 1981 als auch 1982 bestimmte die starke Dollaraufwertung die internationale Konkurrenzposition. Die Arbeitskosten der Nicht-Dollarländer — vorwiegend OECD-Europa und Japan — gingen 1981 und 1982 zurück, sie konnten somit ihre Konkurrenzposition gegenüber Dollaranbietern erheblich verbessern. Die Prognosewerte für 1983 werden größtenteils durch die technische Annahme konstanter Wechselkurse auf dem Niveau von September 1982 bestimmt. Nach dieser hypotheti-

**Prime Rates einiger Länder**

	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1981			1982	
									III Qu	IV Qu	I Qu	II Qu	III Qu <sup>1)</sup>
	in %												
<i>Nominell</i>													
USA	10,7	7,7	6,7	6,8	9,3	12,8	15,4	18,7	20,2	16,6	16,3	16,5	14,1
Japan	9,3	9,2	8,1	7,2	5,8	5,7	8,5	7,3	7,1	7,1	6,6	6,4	6,4
Großbritannien	13,3	11,4	12,3	9,8	10,7	15,2	17,5	13,9	13,3	15,0	13,5	12,8	11,3
BRD	12,1	8,3	6,6	6,3	5,5	7,5	11,0	13,6	14,3	13,5	13,0	11,7	11,5
Schweiz		8,3	7,7	6,8	6,2	5,0	5,7	7,1			7,8	7,3	6,5
Österreich	9,9	9,7	8,5	8,9	9,1	8,2	11,0	13,1	13,5	13,5	13,5	12,8	12,3
<i>Real<sup>2)</sup></i>													
USA	-0,3	-1,4	1,0	0,4	1,6	1,6	1,9	8,4	9,3	7,0	8,7	9,7	8,4
Japan	-15,2	-2,7	-1,3	-0,8	1,9	2,1	0,4	2,4	3,0	3,1	3,5	4,0	4,0
Großbritannien	-2,7	-12,8	-4,3	-6,1	2,4	1,8	-0,5	2,0	2,1	3,1	2,4	3,5	2,9
BRD	5,1	2,3	2,0	2,6	2,8	3,4	5,5	7,6	8,1	7,0	7,2	6,3	6,1
Schweiz		1,6	5,9	5,5	5,2	1,3	1,6	0,6			2,5	1,5	1,1
Österreich	0,4	1,3	1,2	3,4	5,5	4,5	4,7	6,3	6,9	6,7	7,5	6,8	6,9

Q: WIFO — <sup>1)</sup> Teilweise vorläufig — <sup>2)</sup> Nominelle Prime Rate minus Verbraucherpreissteigerung in %

schen Kalkulation würde sich die Wettbewerbsposition von Japan, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, der BRD und von Österreich relativ am stärksten verbessern.

**Welthandel**

Im Welthandel setzte sich die Stagnation auch heuer fort. Für 1982 ist sogar mit einem Rückgang des Welthandelsvolumens um 1% (Übersicht 8) zu rechnen. Damit hat der Welthandel bereits das zweite Jahr hintereinander nicht zugenommen. Nach der erdölpreisbedingten Hausse der Welthandelspreise von 22% im Jahre 1980 sind sie 1981 und 1982 (in Dollar gemessen) vor allem infolge der Dollar-Hausse zurückgegangen. Die Prognosen für 1983 sind mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren behaftet. Basierend auf der nur leichten Erholung des Wirtschaftswachstums in den OECD-Ländern wird auch im Welthandel ein nur mäßiger Zuwachs von real 1½% erwartet. Mehrere Gründe sprechen für eine gedämpfte Entwicklung des Welthandels: einmal der zunehmende Protektionismus (USA-EG-Stahlexportbeschränkung; Selbstbeschränkung japanischer Exporteure auf dem US-Markt; administrative Handelshemmnisse für Exporte nach Frankreich). Weiters ergibt sich infolge der zunehmenden Kaufkraftverluste der Entwicklungsländer auf Grund der Baisse auf den Rohwarenmärkten sowie aus deren steigenden Schuldendienstverpflichtungen eine potentielle Nachfragerücke. Der Importbedarf der OPEC-Länder wird infolge rückläufiger Erdöleinnahmen nur wenig zunehmen. Die wirtschaftlichen

Schwierigkeiten in den Oststaaten und deren hohe Westverschuldung werden die Dynamik des Ost-West-Handels stark bremsen. Die OECD nimmt an, daß die realen Importe ihrer Mitgliedsländer mit über 3% etwas rascher wachsen werden als die realen Exporte (+2%). Der Intra-OECD-Handel wird um 2% zunehmen. Das bedeutet, daß sich der Handel mit den Nicht-OECD-Ländern schwächer entwickeln wird als der Intra-OECD-Handel.

Die Terms of Trade der OECD gegenüber den Nicht-OECD-Ländern, die sich 1981 stark verschlechterten (-3%), werden sich nach 1982 (+7%) auch 1983 (+2%) erholen. Die Verbesserung der Terms of Trade kann aber nicht verhindern, daß die Defizite in der Handels- und Leistungsbilanz der OECD 1983 (hauptsächlich wegen der markanten Verschlechterung in den USA; siehe Übersicht 9) auf 20 bzw

Übersicht 9

**Handels- und Leistungsbilanzen**

	Handelsbilanz			Leistungsbilanz		
	1981	1982	1983	1981	1982	1983
	in Mrd. \$ <sup>1)</sup>					
USA	-27,9	-26,0	-51,5	+4,5	+3,5	-23,5
Japan	+20,0	+18,5	+25,0	+4,8	+6,5	+14,5
BRD	+17,9	+28,5	+32,5	-7,3	+2,5	+5,0
Frankreich	-10,1	-14,0	-12,0	-4,7	-10,5	-7,5
Großbritannien	+6,1	+0,5	+0,5	+12,1	+5,0	+5,5
Italien	-10,6	-7,0	-6,0	-8,1	-5,5	-3,5
Kanada	+6,6	+14,0	+14,0	-4,5	+1,5	+0,0
Große Industrieländer	+2,0	+14,5	+2,5	-3,2	+3,0	-9,5
Spanien	-10,1	-10,0	-10,0	-5,0	-4,0	-3,5
Australien	-2,4	-4,0	-5,0	-8,5	-10,0	-11,5
Niederlande	+4,0	+5,5	+5,5	+3,1	+5,5	+6,5
Schweden	+1,6	+2,0	+3,0	-3,0	-2,5	-1,5
Belgien/Luxemburg	-3,9	-2,5	-1,0	-5,3	-4,0	-2,5
Schweiz	-2,6	-0,5	+0,0	+2,6	+4,5	+5,5
Österreich <sup>2)</sup>	-4,2	-3,5	-4,0	-1,4	-0,0	-0,5
Dänemark	-0,9	-1,0	-0,0	-1,8	-2,5	-2,0
Türkei	-3,3	-2,0	-1,5	-2,0	-1,0	-0,5
Norwegen	+3,0	+2,0	+1,5	+2,4	+0,5	-0,5
Finnland	+0,7	+0,5	-0,0	-0,3	-0,5	-1,0
Griechenland	-5,5	-5,0	-6,0	-2,4	-2,0	-2,5
Neuseeland	+0,3	-0,5	-0,5	-1,0	-1,5	-2,0
Portugal	-5,0	-5,0	-5,0	-2,5	-3,0	-2,5
Irland	-1,9	-0,5	-0,5	-2,0	-1,0	-1,0
Island	-0,0	-0,0	-0,0	-0,1	-0,5	-0,0
Kleine Industrieländer	-30,2	-24,5	-23,5	-27,2	-22,0	-19,5
OECD insgesamt	-28,2	-10,0	-21,0	-30,4	-19,0	-29,0
OECD-Europa	-24,8	-12,0	-3,0	-25,7	-19,0	-6,5
EG <sup>3)</sup>	-4,9	+4,5	+13,0	-16,4	-12,5	-2,0
EFTA	-6,5	-4,5	-4,5	-2,3	-1,5	-0,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen - <sup>1)</sup> Die Prognosen für 1982 und 1983 basieren auf den durchschnittlichen Wechselkursen zwischen 9. August und 3. September 1982 - <sup>2)</sup> Österreichische Leistungsbilanz: neues Konzept der OeNB 1982 einschließlich 80% der Statistischen Differenz - <sup>3)</sup> Einschließlich Griechenland

Übersicht 8

**Entwicklung des Welthandels**

	1980	1981	1982	1983
Welthandel, Mrd. \$ <sup>1)</sup>	1 896	1 870	1 810	1 880
Vorjahresvergleich in %				
Wert	23	-1	-4	4½
Preisniveau <sup>2)</sup>	22	-1	-3	3
Volumen	1	0	-1	1½
Industriegüter	5	3	1	2½
Erdöl	-11	-10	-8	2
OECD-Handel				
Vorjahresvergleich in %				
Exporte real	4	2¼	-½	2
Exportpreise <sup>2)</sup>	13	-4	-3	1½
Importe real	-1	-2	0	3½
Importpreise <sup>2)</sup>	22	-2¼	-5	½
Intra-OECD-Handel real	2	-1½	2	2
Handelsbilanzsalden in Mrd. \$ der				
OECD-Länder	-73	-28	-10	-20
OPEC-Länder	173	121	55	70
Nicht-Erdöl-Entwicklungsländer	-55	-60	-55	-45
Leistungsbilanzsalden in Mrd. \$ der				
OECD-Länder	-71	-30	-20	-30
OPEC-Länder	116	65	5	10
Nicht-Erdöl-Entwicklungsländer	-63	-75	-70	-60

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg; OECD - <sup>1)</sup> Durchschnitt Exporte/Importe, ohne Handel zwischen den Staatshandelsländern - <sup>2)</sup> Durchschnittswerte auf Dollarbasis

30 Mill. \$ steigen werden. Das Aktivum der OPEC-Leistungsbilanz wird — nach dem Tiefpunkt 1982 — 1983 wieder leicht steigen. Das Defizit der Nicht-Erdöl-Entwicklungsländer wird unverändert hoch bleiben (siehe Übersichten 8 und 9).

## Die Wirtschaftslage in Übersee

### USA: Unsichere Aufschwungserwartungen

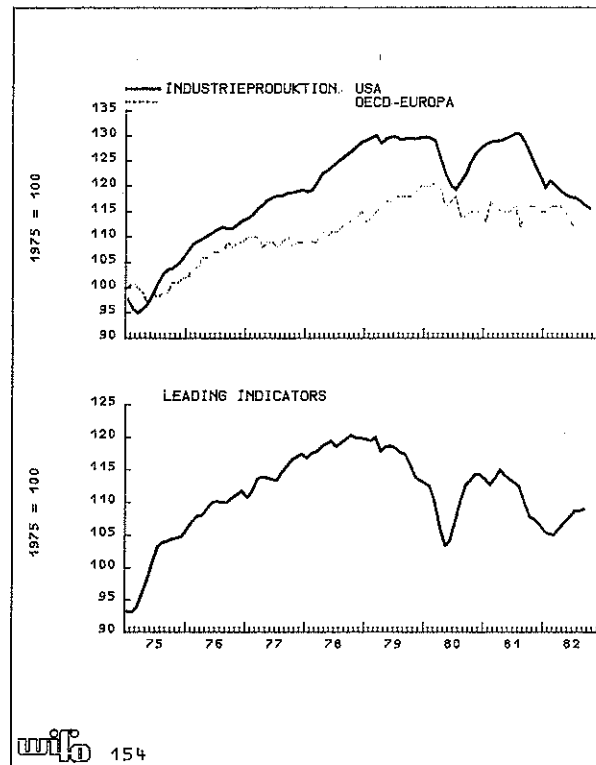
Die Rezession, die Mitte 1981 begann, ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Wirtschaftsaktivität, gemessen an der Industrieproduktion und am realen BNP, lag auch im III. Quartal deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Weder Nachfrage- noch Angebotsindikatoren deuten auf eine baldige Erholung hin. Der Sammelindex vorausweisender Indikatoren zeigte im September erstmals leicht nach oben. Die deflationistische Geldpolitik seit Ende 1979 hat zwar die Inflationsrate von 13,5% im Jahresdurchschnitt 1980 auf 5% in den letzten Monaten gedrückt, war aber mit hohen Verlusten an Produktion und Investitionen verbunden. Sie ging auf Kosten der Beschäftigung und führte zu einer Zunahme der Konkurse. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Oktober mit saisonbereinigt 10,4% oder 11,6 Millionen den höchsten Wert seit 1940, als sie 14,6% betrug.

Der Übergang auf niedrigere Inflationsraten und die Steuersenkung zu Jahresmitte (Senkung der Einkommensteuer um 10%, nachdem sie bereits im Oktober 1981 um 5% gesenkt worden war) hat bisher entgegen den Erwartungen nicht zu einer Belebung des privaten Konsums geführt. Statt dessen ist die Sparquote gestiegen. Angesichts eines rasant steigenden Budgetdefizits sah sich die Administration Reagan zu einer "Kurskorrektur" ihrer Angebotspolitik gezwungen. Im Sommer wurden neue Steuererhöhungen (im Bereich der indirekten Steuern) für die nächsten drei Jahre im Ausmaß von knapp 100 Mrd. \$ beschlossen. Dennoch dürfte das Budgetdefizit im Haushaltsjahr 1983 (Oktober 1982 bis September 1983) zwischen

110 und 160 Mrd. \$ ausmachen (nach 110 Mrd. \$ für 1982). Die Budgetwirkung wird von der OECD für 1983 als weniger expansiv eingeschätzt als für 1982. Parallel zur Korrektur der Budgetpolitik haben im Sommer die Nominalzinsen in mehreren Etappen deutlich nachgegeben. Das löste vorübergehend eine Euphorie auf den Aktienmärkten aus, der allerdings der reale Hintergrund fehlte. Die Prime Rates sind zwar nominell von über 20% im III. Quartal 1981 auf 14% im III. Quartal 1982 gefallen, real (also bereinigt um die Inflationsrate) betrug der Rückgang nur einen Prozentpunkt, sodaß die Realzinsen im Herbst 1982 mit 8½% immer noch gleich hoch sind wie im Jahresdurchschnitt 1981 (siehe Übersicht 7). Zwar wurde die Geldpolitik etwas gelockert, doch hat im Herbst der Federal Reserve neuerlich bekräftigt, daß an den Geldmengenzielen (jährliches Wachstum von M1 Ende 1981 bis Ende 1982 um 2,5% bis 5,5% und Ende 1982 bis Ende 1983 um 6% bis 9%) festgehalten wird. Bei niedrigeren Inflationsraten wäre dieses mäßige Geldmengenwachstum konsistent mit niedrigeren Zinssätzen. Ende November wurde der Diskontsatz um 1 Prozentpunkt auf 9% gesenkt. Für 1983 wird von allen Prognostikern eine Konjunkturerholung erwartet. Unsicherheit herrscht aber über deren Beginn und Ausmaß. Die größte Unsicherheit geht von der Wirtschaftspolitik aus. Inwieweit werden

Abbildung 2

Konjunkturindikatoren der USA  
Saisonbereinigt



Übersicht 10

### Wirtschaftszahlen der USA

	1981	1981	1982	1983
	Nominell Mrd. \$	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	1.843,2	1,8	1,0	3,0
Öffentliche Ausgaben	596,9	0,9	0,0	1,5
Brutto-Anlageinvestitionen	451,1	1,7	-5,5	1,0
Wohnungs- und Hausbau	105,0	-4,9	-9,0	20,0
Übrige Investitionen	346,1	3,5	-4,5	-4,5
Inländische Endnachfrage (Lagerbildung <sup>1)</sup> )	2.891,2	1,6	-0,5	2,5
Gesamte Inlandsnachfrage	2.911,7	2,6	-1,5	3,0
Exporte i w S	367,3	-0,5	-4,5	-3,0
Waren	—	-3,2	-8,5	-3,0
Importe i w S	341,3	7,2	1,0	7,5
Waren	—	1,0	-5,5	9,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	26,0	-0,6	-0,5	-1,0
Brutto-Nationalprodukt	—	1,9	-2,0	2,0
BNP-Deflator	—	9,5	6,5	5,5
BNP, nominell	2.937,7	11,6	4,5	7,5
Produktivität (BNP je Beschäftigten)	—	0,8	-1,0	1,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten



die Steuersenkungen ab Mitte 1983 in ihrer expansiven und stimulierenden Wirkung konterkariert durch die Anhebung einiger Steuern und durch die Einkommensumverteilung zu sparenden Schichten? Wie weit wird die Dollaraufwertung die internationale Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigen? Werden die Zinsen genügend stark sinken, um die Investitionsneigung zu stärken? Der Hauptimpuls für ein bescheidenes Wachstum des realen BNP von 2% im kommenden Jahr soll von einer Belebung der Inlandsnachfrage (insbesondere vom privaten Konsum) ausgehen. Es wird angenommen, daß die Sparquote nur vorübergehend steigt, und daß mit der Einkommensteuersenkung Mitte 1983 sich die Zunahme der real verfügbaren Einkommen von 1½% im 1. auf 5½% im 2. Halbjahr erhöhen wird. Diese Realeinkommensverbesserung in Verbindung mit niedrigeren Zinsen dürfte den Kauf von Pkw (der heuer stark zurückgegangen ist) und den Hausbau beleben. Die Investitionen werden sich voraussichtlich nur sehr langsam erholen. Zunächst dürften vor allem die zinsreagibelsten Investitionen (Lkw-Käufe) zunehmen, dann die übrigen Ausrüstungsinvestitionen und nicht vor 1984 die Nicht-Hausbauinvestitionen. Die Investitionsentwicklung wird entsprechend der wirtschaftspolitischen Zielsetzung zweigeteilt sein. Spezielle Ausgabenprogramme der Regierung begünstigen die Rüstungsindustrie. Die übrigen Bereiche werden sich infolge niedriger Kapazitätsauslastung und anhaltend hoher Realzinsen nur sehr zögernd erholen. Ein Lagerzyklus wie 1976 ist im kommenden Jahr nicht zu erwarten. Die Verringerung der preislichen Konkurrenzfähigkeit durch die Aufwertung des Dollars und der asynchrone Verlauf der Weltkonjunktur (eine leichte Belebung in den USA und eine Stagnation in Europa) werden dazu führen, daß im kommenden Jahr, ebenso wie 1982, vom Außenbeitrag ein negativer Einfluß auf das Wirtschaftswachstum ausgehen wird.

### Verhaltenes Wachstum in Japan

Nach dem Konjunkturreinbruch Ende 1981 hat sich die japanische Konjunktur im 1. Halbjahr 1982 wieder erholt. Diese Entwicklung setzte sich aber seither nicht mehr fort. Die unerwartete Beruhigung der Verbraucherpreise führte im 1. Halbjahr zu einer Festigung der Realeinkommen und zu einer kräftigen Belebung des privaten Konsums, die sogar die Investitionsschwäche kompensieren konnte. Die Inlandsnachfrage nahm daher um mehr als 3% zu. Das reale BNP ist aber nicht im gleichen Ausmaß gestiegen, da die Exporte rückläufig waren. Ein verringertes Marktwachstum, zunehmende protektionistische Handelshemmnisse, besonders gegenüber japanischen Produkten, und freiwillige Exportbeschränkungen (besonders auf dem amerikanischen Markt) verhindern

ten, daß Japan seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die sich aus der verstärkten Abwertung des Yen ergab, nutzen konnte. Trotz Yen-Abwertung war der Import von Inflation gering, da gleichzeitig die Rohwarenpreise deutlich nachgegeben haben. Die mäßige Entwicklung der Großhandelspreise ließ die Inflationsrate bis Juli auf einen Tiefstwert von 1,7% abklingen. Seither ist sie auf Grund von Sondereinflüssen wieder auf mehr als 3% gestiegen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich zwar etwas verschlechtert, mit 2½% hat aber Japan immer noch eine der niedrigsten Arbeitslosenraten aller Industriestaaten. Die Dynamik der Industrieproduktion hat im Laufe dieses Jahres etwas nachgelassen, nicht zuletzt jene des exponierten Sektors. In dieser Entwicklung spiegelt sich der drastische Rückgang im Auto- und Stahlexport. Im III. Quartal ist die Industrieproduktion saisonbereinigt wieder leicht gestiegen (+1½% gegen das Vorquartal). Infolge der schwachen Wirtschaftsaktivität ist die

### Übersicht 11

#### Wirtschaftszahlen Japans

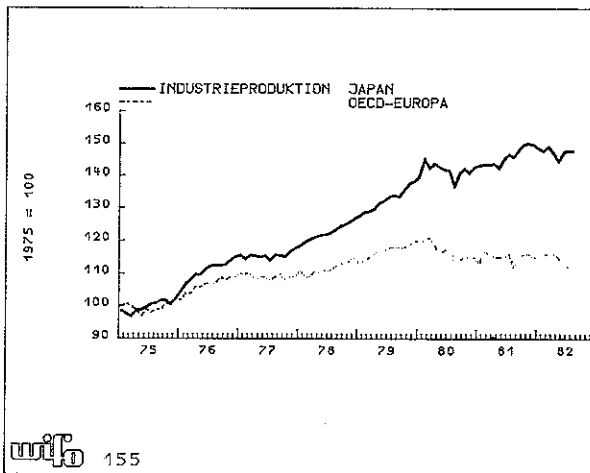
	1981	1981	1982	1983
	Nominell Bill Yen	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	144,0	0,7	4,0	3,0
Öffentlicher Konsum	25,3	3,5	2,5	1,0
Brutto-Anlageinvestitionen	77,0	2,1	-1,0	1,5
Inländische Endnachfrage	246,3	1,4	2,5	2,5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	0,9	-0,5	0,0	0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	247,2	0,8	2,5	2,5
Exporte i w S	41,8	16,6	4,0	6,0
Waren	—	10,7	-1,5	5,0
Importe i w S	40,3	5,9	4,5	3,5
Waren	—	-2,2	2,5	2,5
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	1,5	2,1	0,0	0,5
Brutto-Nationalprodukt	—	3,0	2,5	3,0
BNP-Deflator	—	2,8	2,5	3,0
BNP nominell	248,7	5,9	5,0	6,0
Produktivität (BNP je Beschäftigten)	—	2,1	1,5	2,5

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

Fiskalpolitik heuer zunehmend expansiver geworden. Bereits im 1. Halbjahr wurden öffentliche Aufträge vorgezogen, und auch für die zweite Hälfte des Fiskaljahres, das im März 1983 endet, wurden im Oktober neue Maßnahmen angekündigt, die die Inlandsnachfrage stützen sollen. Das Budget des Fiskaljahres 1983 (ab April 1983) dürfte restriktiver ausfallen, da infolge der hohen Steuerausfälle und der damit verbundenen Neuverschuldung in diesem Jahr die Absicht besteht, das neue Budget wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Die Geldpolitik steht vor dem Dilemma, binnen- und außenwirtschaftliche Ziele vereinigen zu müssen. Das Problem der Budgetfinanzierung und die Erwartung einer Yen-Aufwertung führen tendenziell zu einem anhaltend hohen Zinsniveau. Der

Abbildung 3

**Industrieproduktion Japans**  
Saisonbereinigt



Yen wertete weiter ab, obwohl die Leistungsbilanz anhaltend aktiv war und auch das Zinsdifferential zu den USA kleiner geworden ist. Dennoch hielten die beträchtlichen Kapitalabflüsse in die USA an. Mit einer entscheidenden Änderung der Geldpolitik ist nicht zu rechnen.

Auf Grund dieser wirtschaftspolitischen Konstellation ist zu erwarten, daß die Inlandsnachfrage weiter — wenn auch nicht mehr so stark wie im 1. Halbjahr 1982 — wachsen wird. Das real verfügbare Einkommen dürfte sowohl 1982 als auch 1983 um etwa 3% steigen und ein etwa ebenso hohes Konsumwachstum nach sich ziehen. Die Investitionstätigkeit wird heuer noch schwach bleiben, im kommenden Jahr aber wieder zunehmen. In der Auto- und Stahlindustrie wurden Investitionspläne gekürzt, in der Elektronikindustrie jedoch weiter forciert. Der Drang zur Umstrukturierung, zur Rationalisierung und Umstellung auf neue Produkte ist stark ausgeprägt. Von der Lagerentwicklung sind kaum Impulse zu erwarten. Das Wiedererstarren der Exportmärkte und die erhebliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit (siehe auch die Arbeitskosten in einheitlicher Währung in Übersicht 6) müßten normalerweise einen Exportboom nach sich ziehen. Allerdings werden die japanischen Produkte weiterhin in zunehmendem Maß durch protektionistische Maßnahmen von den internationalen Märkten verdrängt. Daher ist mit einem für japanische Verhältnisse unterdurchschnittlichen Exportwachstum von real 5% (dies impliziert Marktanteilsgewinne von etwa 2 Prozentpunkten) zu rechnen. Das Importwachstum wird 1982 und 1983 etwa im Ausmaß der Inlandsnachfrage, also um real 2½% zunehmen. Das Aktivum in der Handels- und Leistungsbilanz wird 1983 wieder etwas höher ausfallen als 1982.

**Die Wirtschaftslage in Westeuropa**

**Enttäuschte Konjunkturerwartungen in der Bundesrepublik Deutschland**

Die schwache Hoffnung auf eine Konjunkturbelebung, die sich vor allem aus der um die Jahreswende 1981/82 noch lebhaften Auslandsnachfrage ableiten ließ, wurde im Laufe dieses Jahres immer mehr enttäuscht. Die Industrieproduktion ist seit dem II. Quartal immer deutlicher zurückgefallen. Auch die Auftragseingänge — insbesondere aus dem Ausland — schrumpften real bis zuletzt. Die Arbeitsmarktlage hat sich ständig verschlechtert. Mit saisonbereinigt 1,92 Millionen (oder einer Rate von 7,9%) wurde im Oktober 1982 der höchste Arbeitslosenstand seit 1948 registriert. Die Inflationsrate hat sich zwar im Laufe des Jahres zurückgebildet, allerdings weit schwächer als erwartet. Alle übrigen Konjunkturindikatoren (Unternehmer-, Konsumentenerwartungen und Konjunkturklima) weisen seit dem Sommer neuerlich kräftig nach unten. Der Zusammenbruch der deutschen Konjunktur um die Jahresmitte 1982 geht hauptsächlich darauf zurück, daß die Auslandsnachfrage, die 1981 die wichtigste Konjunkturstütze war, seit dem Frühjahr 1982 stark schrumpfte. Dazu kam noch die anhaltende Schwäche der Inlandsnachfrage, einerseits wegen des seit über zwei Jahren sinkenden realen privaten Konsums und andererseits zinsbedingt durch den sich beschleunigenden Rückgang der Brutto-Anlageinvestitionen. Nur die unfreiwillige Lagerbildung im 1. Halbjahr 1982 trug dazu bei, daß das reale BNP nicht abnahm.

Die Geldpolitik setzte den im Herbst 1981 eingeschlagenen Kurs der Auflockerung der Geldmärkte fort,

Übersicht 12

**Wirtschaftszahlen der Bundesrepublik Deutschland**

	1981	1981	1982	1983
	Nominell	Reale Veränderung gegen das		
	Mrd. DM	Vorjahr in %		
Privater Konsum	874,1	-1,2	-1,5	-0,5
Öffentlicher Konsum	319,7	2,0	0,5	0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	339,3	-3,8	-6,5	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	128,8	-3,4	-5,5	0,5
Bauinvestitionen	210,5	-4,2	-6,5	1,0
Inländische Endnachfrage	1.533,1	-1,2	-2,5	0,5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	-1,4	-1,2	0,5	-0,5
Gesamte Inlandsnachfrage	1.531,7	-2,4	-2,0	0,0
Exporte i. w. S.	496,1	8,5	4,0	1,0
Waren	—	5,2	4,0	2,5
Importe i. w. S.	484,7	1,2	1,5	1,0
Waren	—	-3,7	2,0	2,0
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	11,4	2,2	1,0	0,0
Brutto-Nationalprodukt	—	-0,2	-1,0	0,0
BNP-Deflator	—	4,2	5,0	3,5
BNP nominell	1.543,1	4,0	4,0	3,5
Produktivität (BNP je Beschäftigten)	—	0,5	0,5	0,5

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

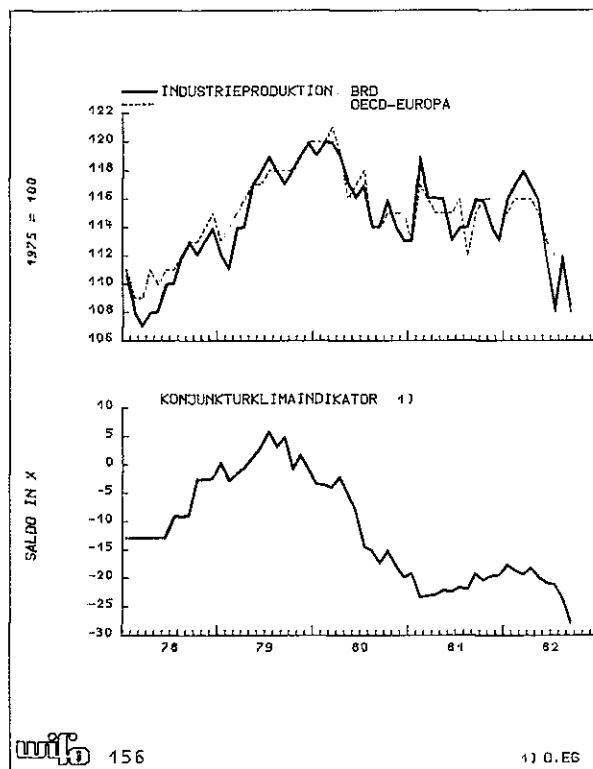
um die Zentralbankgeldmenge am oberen Rand des Zielkorridors (4% bis 7%) zu halten. Der dafür notwendige Spielraum ergab sich aus der Lockerung der Geldpolitik in den USA, aus der sich kontinuierlich verbessernden Leistungsbilanz und aus dem abflauenden Preisauftrieb. Zusätzliche Liquidität wurde dadurch geschaffen, daß die Rediskontkontingente erhöht und die Mindestreserven herabgesetzt wurden. Zudem ging die Notenbank im Mai vom Sonderlombard zum normalen Lombardkredit über und senkte mehrmals die Refinanzierungssätze. Die Bundesbank hat Ende Oktober mit einer weiteren Senkung der Leitzinsen (Herabsetzung des Diskont- und des Lombardsatzes um jeweils einen Punkt auf 6% bzw. 7%) ein deutliches Zinnsignal gesetzt. Damit wurden innerhalb eines Jahres der Lombardsatz siebenmal und der Diskontsatz zweimal herabgesetzt. Angesichts der anhaltend schwachen Wirtschaftsaktivität und sinkender Inflationsraten dürfte die Bundesbank diesen Trend zur Lockerung beibehalten. Der Außenwert der DM ist in den Sommermonaten weiter gestiegen, allerdings nicht gegenüber dem Dollar. Mitte Juni kam es zur sechsten Leitkursanpassung im Europäischen Währungssystem. Die DM und der holländische Gulden werteten um 4,25% auf, der französische Franc wertete um 5,75% und die italienische Lira um 2,75% ab. Entgegen allen vergangenen Erfah-

rungen (auf Grund von Kaufkraftparitäten, Zinsdifferenzialen und Leistungsbilanzentwicklungen) überschießt der Dollar-/DM-Kurs seit Mitte 1981 den "Gleichgewichtskurs". Dennoch ist eine Wende, d. h. eine DM-Aufwertung gegenüber dem Dollar nicht abzusehen.

Die Einschätzung der Fiskalpolitik ist schwierig geworden, da die seit Oktober amtierende neue Regierung einerseits Teile des provisorischen Budgets der alten Regierung übernahm, andererseits neue Akzente für 1983 setzte. Die Neuverschuldung des Bundeshaushalts wird mit voraussichtlich 41,5 Mrd. DM weit höher liegen als von der früheren Regierung geplant war (28,4 Mrd. DM). Die neue Regierung beabsichtigt, den Wohnungsbau durch ein Sofortprogramm zu stimulieren und den staatlichen Konsum generell zugunsten der Investitionsausgaben zurückzudrängen. Die privaten Investitionen sollen durch Maßnahmen der Steuerpolitik gefördert werden. Zur Finanzierung wird ab Mitte 1983 die Mehrwertsteuer von 13% auf 14% erhöht. Zusätzlich ist eine Investitionsabgabe (zurückzahlbare "Zwangsanleihe") geplant, die als Zusatz zur Lohn- und Einkommensteuer für höher Verdienende berechnet wird. Weiters werden die Arbeitslosen- und Rentenversicherungsbeiträge von 4% auf 4,6% erhöht und Subventionen gestrichen. Insgesamt kann mit einem leicht expansiven Effekt für 1983 gerechnet werden.

Die weiterhin niedrigen Lohnabschlüsse und die langsamer wachsenden Transfers dürften dazu führen, daß die real verfügbaren Einkommen 1982 um mehr als 1% sinken werden und 1983 bestenfalls stagnieren. Auf Grund dieser Konstellation und einer unverändert angenommenen Sparquote dürfte der private Konsum heuer real um 1,5% sinken und auch im kommenden Jahr leicht schrumpfen. Zwar sind die Gewinneinkommen in den letzten 1½ Jahren infolge sinkender Importpreise und Zinsen sowie niedriger Lohnstückkosten kräftig gestiegen, eine anhaltend niedrige Kapazitätsauslastung und pessimistische Nachfrageerwartungen stehen aber einer baldigen Belebung der Investitionen, die 1982 real um 6½% unter dem Niveau des Vorjahres liegen, entgegen. Für das kommende Jahr ist — vorausgesetzt der Trend sinkender Zinsen hält an — bestenfalls damit zu rechnen, daß die Investitionen auf dem Niveau dieses Jahres stagnieren werden. Die Lagerentwicklung war im 1. Halbjahr 1982 durch eine unfreiwillige Aufstockung gekennzeichnet. Daher erwartet man für die zweite Jahreshälfte 1982 eine Anpassung nach unten. Auch für 1983 wird mit keinem Lagerzyklus gerechnet. Trotz erheblicher Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit 1981 und 1982 (siehe die Arbeitskosten in einheitlicher Währung in Übersicht 6) ist die Exportnachfrage 1982 immer mehr zusammengebrochen. Die deutschen Exporte dürften aber im kommenden Jahr wieder etwa so stark wachsen wie ihre

Abbildung 4  
Konjunkturindikatoren der Bundesrepublik Deutschland  
Saisonbereinigt



Märkte, nämlich um real knapp 3%. Angesichts anhaltend schwacher Inlandsnachfrage werden die Importe real langsamer wachsen. Damit wird — bei einer leichten Verbesserung der Terms of Trade — das Aktivum der Leistungsbilanz weiter zunehmen. Das reale BNP dürfte 1983 — nach nahezu einheitlicher Meinung aller Prognoseinstitutionen — stagnieren, was angesichts eines Rückgangs von 1% in diesem Jahr bereits als Konjunkturerholung interpretiert wird. Die Arbeitslosigkeit wird angesichts der Stagnation weiter kräftig zunehmen.

**Verschlechterung der Konjunkturaussichten in Frankreich**

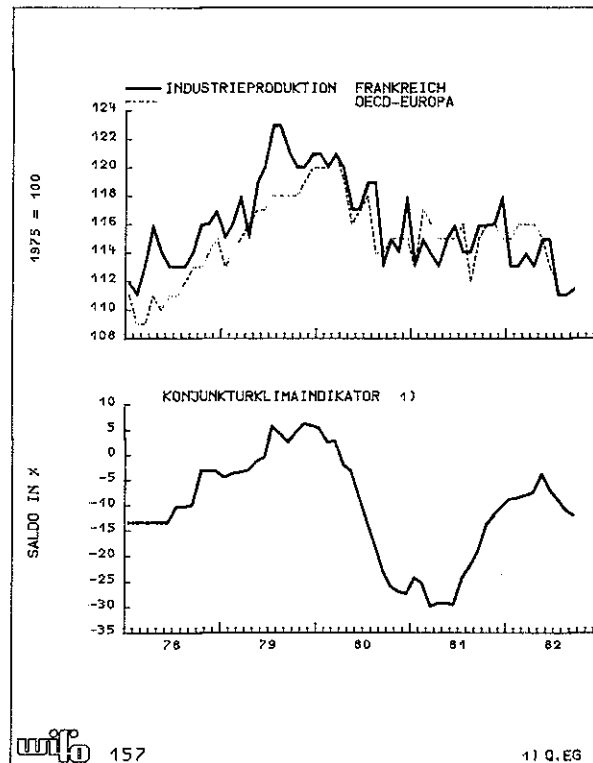
Die Konjunkturaussichten in Frankreich haben sich seit Jahresmitte 1982 deutlich verschlechtert. Frankreich hat als eines von wenigen Industrieländern in den letzten 1½ Jahren versucht, die gegenwärtige Krise durch eine bewußt expansive (keynesianische) Wirtschaftspolitik in zwei Phasen zu überwinden (erste Phase ab Jahresmitte 1981: Anhebung der Mindestlöhne (SMIC), Anhebung der Sozialleistungen, steuerliche Anreize für Privatinvestitionen; zweite Phase ab Jahresanfang 1982: Einführung der 39-Stundenwoche mit Lohnausgleich, Verstaatlichung wichtiger Banken und Industriebetriebe). Die Stimulierung der Inlandsnachfrage ist — vor allem beim privaten Konsum — gelungen. Dies hatte allerdings auch beträchtliche negative Folgen. Die Inflationsrate ist wieder gestiegen (auf 14% Ende 1981/Anfang 1982), die Leistungsbilanz hat sich ständig verschlechtert (weil die Binnennachfrage rascher zunahm als die Nachfrage der Handelspartner). Der Rückgang der Industrieproduktion (nicht zuletzt als Folge der Exportrückschläge) konnte nicht genügend eingedämmt werden, um eine ständige Zunahme der

Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die Arbeitslosenrate beträgt über 9% der Erwerbsbevölkerung, d. s. über 2 Millionen. Die Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Position führte zu einem wachsenden Druck auf den Franc. Mitte Juni kam es im Rahmen des sechsten EWS-Realignment zu einer Abwertung des Franc um 5¾%. Auch in der Folge mußte die Nationalbank häufig intervenieren.

Diesem Zweck dient auch ein internationaler Großkredit für Frankreich von 4 Mrd. \$. Wegen der anhaltenden Schwäche des Franc wurden die langfristigen Zinssätze hoch gehalten, die kurzfristigen sind etwas gesenkt worden. Die Abwertung des Franc im Juni machte flankierende Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation notwendig. So erfolgte vom 11. Juni bis 31. Oktober eine Preis-Lohn-Blockierung. Dies führte zu einem Rückgang der Inflationsrate auf etwa 10%. Aber auch ab November wird es zu keiner völlig freien Lohn-Preis-Bildung kommen, da ein kompliziertes Überwachungs- und Steuerungssystem den behördlichen Lohn-Preis-Stop ablöst. Zudem wurde im Oktober die gleitende Lohnskala (d. h. die vertragliche Automatik zwischen Preisen und Löhnen) außer Kraft gesetzt. Die Geldpolitik war 1982 expansiver als vorgesehen. Sowohl die Geldmengenziele als auch die Kreditplafondierungen wurden weit überschritten. Angesichts der sich verschlechternden Wirtschaftslage wurde im Mai ein Zusatzbudget erstellt, das zu-

Abbildung 5

**Konjunkturindikatoren Frankreichs**  
Saisonbereinigt



Übersicht 13

**Wirtschaftszahlen Frankreichs**

	1981	1981	1982	1983
	Nominell Mrd Fr	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	2 016,3	2,2	3,0	1,0
Öffentlicher Konsum	488,2	1,4	3,0	2,0
Brutto-Anlageinvestitionen	654,6	-2,7	-1,5	-0,5
Inländische Endnachfrage (Lagerbildung <sup>1)</sup> )	3 159,1	1,0	2,0	1,0
Gesamte Inlandsnachfrage	3 150,0	-0,8	3,0	0,5
Exporte i. w. S.	688,3	5,2	-2,0	3,5
Waren	—	3,8	-3,5	4,0
Importe i. w. S.	743,9	0,4	4,5	2,0
Waren	—	-2,8	4,5	2,5
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	-55,6	1,1	-1,5	0,0
Brutto-Inlandsprodukt	—	0,3	1,5	0,5
BIP-Deflator	—	11,7	12,5	9,0
BIP, nominell	3 094,4	12,0	14,0	9,5
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	—	1,0	2,5	1,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

sätzliche öffentliche Ausgaben (Stimulierung von Investitionen der öffentlichen Unternehmen; Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen) vorsah. Diese Zusatzausgaben wurden allerdings durch eine Anhebung der indirekten Steuern (die Mehrwertsteuer wurde von 17,6% auf 18,6% angehoben, der begünstigte Satz von 7% auf 5,5% gesenkt) im gleichen Ausmaß kompensiert. Die Budgetschätzungen für 1982 lassen insgesamt erwarten, daß das Defizit des Gesamthaushalts (Bund, Länder und Sozialversicherung) von 1½% des BIP 1981 auf 3% 1982 steigen wird, womit der Haushalt deutlich expansiv wäre. Für 1983 ist ein geringerer expansiver Fiskaleffekt zu erwarten, da die Regierung das Defizit nicht wesentlich über 3% des BIP steigen lassen will und die Sozial- und Arbeitslosenversicherungskassen ausgeglichen werden sollen. Über das weitere Schicksal der Arbeitslosenstellen herrscht Unklarheit, da die Unternehmer im November ihre Vertragsbeteiligung per 31. Jänner 1983 aufgekündigt haben, weil man sich nicht über die Einsparungsmodalitäten einigen konnte. Per Dekret hat nun die Regierung Kürzungen in den Leistungen der Arbeitslosenversicherung verfügt (Herabsetzung des Arbeitslosengeldes von 80% auf 30% des Letztbezugs; Kürzung der Leistungsdauer).

Im 2. Halbjahr 1981 und im 1. Halbjahr 1982 wuchs der private Konsum real um 3,5% bis 4%, eine Entwicklung, die nicht anhalten wird. Für 1983 wird nur noch ein Wachstum von 1% erwartet, da sich die real verfügbaren Einkommen (infolge geringerer Sozialtransfers und eines schwächeren Lohnwachstums) im Vergleich zu 1982 deutlich verlangsamen werden. Nur die öffentlichen Investitionen sowie jene im Bereich der verstaatlichten Industrie werden 1983 zunehmen. Die Hausbauinvestitionen und die übrigen Privatinvestitionen werden infolge anhaltend hoher Zinsen schwach bleiben. Der Lageraufbau war im 1. Halbjahr 1982 unfreiwillig kräftig, wird sich aber nun voraussichtlich nach unten anpassen. Die gesamte Inlandsnachfrage, die 1982 um etwa 3% real wachsen wird, dürfte 1983 insgesamt stagnieren.

Der Außensektor wurde im Laufe dieses Jahres zunehmend zum Hauptproblem. Das Exportwachstum war real rückläufig, da sich die Konkurrenzfähigkeit verschlechterte und das Marktwachstum stark abschwächte. Für das kommende Jahr wird allerdings wieder mit einer Erholung des Exportwachstums gerechnet. Die Importe sind infolge der kräftigen Zunahme des privaten Konsums und der Lageraufstockung sehr stark gewachsen. Das steigende Defizit der Leistungsbilanz konnte durch eine deutliche Verbesserung der Terms of Trade etwas gebremst werden. Für 1983 wird mit einer leichten Verringerung des Defizits gerechnet. Dazu tragen nicht zuletzt auch erhebliche protektionistische Maßnahmen bei, die Frankreich im Herbst 1982 zur Eindämmung der Importe eingeführt hat.

### Kaum Aussichten auf eine Konjunkturerholung in Großbritannien

Die leichte Belebungstendenz im Laufe des Jahres 1981 ist heuer wieder zum Stillstand gekommen. Damit hält die Konjunkturschwäche, die im Frühjahr 1979 begonnen hat, an. Neben einer bewußt auf Restriktion angelegten Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, den Inflationsauftrieb zu brechen, werden die Nachwirkungen der drei Jahre lang bis 1981 sich ständig verschlechternden Konkurrenzfähigkeit als Hauptgrund für die anhaltende Rezession angesehen. Die britische Industrieproduktion lag zur Jahresmitte um 16% unter dem Höhepunkt von 1979 und fiel im September auf den Stand von 1967 zurück. Allerdings konnte die Inflation stark abgebaut werden. Die Inflationsrate erreichte im Oktober mit 6,8% den niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Die Rezession im Sekundärsektor und die immer stärker steigende Arbeitslosigkeit sind allerdings der Preis dafür. Die Arbeitslosigkeit erreicht jeden Monat neue Rekorde. Im Oktober lag sie bereits knapp über 3 Millionen, d. s. fast 13% der Erwerbsbevölkerung. Die real rückläufigen Exporte und die steigenden Importe bewirkten 1981 und 1982 einen negativen realen Außenbeitrag. Die reale Verschlechterung des Außenbeitrags wurde durch eine leichte Verbesserung der Terms of Trade nur wenig gemildert. Daher ist auch das Aktivum der Leistungsbilanz 1982 deutlich niedriger als 1981. Die restriktive Fiskalpolitik spiegelt sich in einem ausgeprägten Rückgang des PSBR (Public Sector Borrowing Requirement = Nettodefizit des Staates) von 5¾% des BIP im Fiskaljahr 1980/81 auf 3½% 1981/82. Auch im kommenden Fiskaljahr dürfte vom Budget ein leicht restriktiver bis neutraler Effekt ausgehen. Auch die Geldpolitik blieb 1982 restriktiv. Obwohl die kurzfristigen Zinssätze, die von den Euro-Dollar-Zinssätzen beeinflußt werden, seit Jahresbeginn sanken,

Übersicht 14

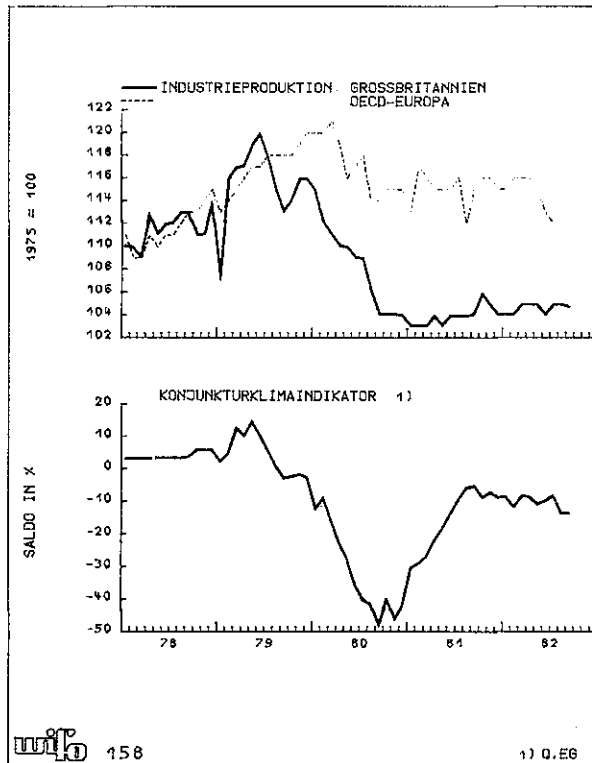
#### Wirtschaftszahlen Großbritanniens

	1981	1981	1982	1983
	Nominell Mrd. £	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	151.0	0.3	-0.0	1.0
Öffentlicher Konsum	55.2	0.3	1.5	0.0
Brutto-Anlageinvestitionen	39.4	-8.2	1.5	-1.5
Inländische Endnachfrage	245.6	-1.2	0.5	0.5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	-4.0	-0.5	1.5	0.5
Gesamte Inlandsnachfrage	241.6	-1.6	2.0	1.0
Exporte i. w. S.	67.9	-1.9	-1.0	0.5
Waren	-	-1.0	-1.5	-0.5
Importe i. w. S.	60.9	-0.2	3.5	1.0
Waren	-	-0.4	5.0	1.5
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	7.0	-0.5	-1.5	0.0
Brutto-Inlandsprodukt	-	-2.2	0.5	1.0
BIP-Deflator	-	12.1	7.5	6.5
BIP nominell	248.6	9.7	8.0	7.5
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	-	2.7	3.0	2.5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen. — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

Abbildung 6

Konjunkturindikatoren Großbritanniens  
Saisonbereinigt



sind sie wegen der ebenfalls zurückgehenden Inflationsrate real hoch geblieben. Infolge der Aufhebung von Kontrollen bei Hauskäufen gab es einen Boom in der Nachfrage nach Konsumkrediten. Die Geldmengenziele (7% bis 11% für PSL2) wurden mehr oder weniger eingehalten. Für 1983 wird angenommen, daß die Zinssätze weiter sinken werden, doch real weniger als nominell. Anfang November wurden von vier Londoner Großbanken die Basiskreditzinsen um ½ Prozentpunkt auf 9% gesenkt. Dies ist die elfte Zinsreduktion in diesem Jahr. Auf Grund von Spekulationen, daß der Basiszinssatz im kommenden Jahr auf 6% fallen könnte (dies würde bedeuten, daß der Zinsrückgang in Großbritannien rascher vor sich ginge als in den USA und im übrigen Europa), hat das Pfund Sterling Mitte November deutlich nachgegeben.

Für 1983 wird eine schwache Belebung der Nachfrage und eine weitere Verringerung des Preisauftriebs (auf 6,5%) erwartet. Die Inlandsnachfrage dürfte 1983 mit 0,5% gleich stark wachsen wie 1982. Allerdings wird sich der private Konsum etwas erholen, da die real verfügbaren Einkommen infolge der sinkenden Inflationsrate leicht steigen werden und angenommen wird, daß die Sparquote etwas zurückgeht.

Im Gegensatz dazu werden die Investitionen insgesamt 1983 real sinken. Die Investitionen haben sich

von Herbst 1981 bis Frühjahr 1982 erholt, haben aber seither wieder abgenommen. Steigen werden heuer und im nächsten Jahr nur die privaten Hausbauinvestitionen, da sich das Verhältnis von Einkommen zu Hauspreisen deutlich verbessert hat. Alle übrigen Investitionen (die öffentlichen geplant und die privaten wegen geringer Kapazitätsauslastung und positiver Realzinsen) werden 1983 unter jenen von 1982 liegen. Es ist zu erwarten, daß die privaten Industrieinvestitionen 1983 auf das Niveau der frühen sechziger Jahre sinken werden. Von der Lageraufstockung ging im 2. Halbjahr 1981 und in der ersten Jahreshälfte 1982 ein positiver Beitrag zum Wachstum des BIP aus. Diese Entwicklung dürfte nicht anhalten, sodaß für 1983 mit einem schwächeren Wachstumsbeitrag der Lager zu rechnen sein wird als 1982.

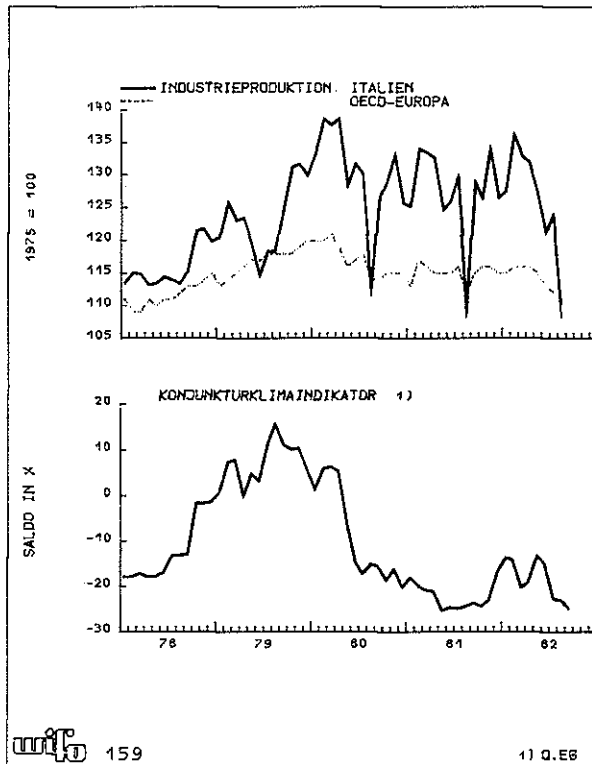
Der reale Außenbeitrag, der 1982 negativ war, dürfte sich 1983 etwas verbessern. Nach dem starken Rückgang der realen Exporte in diesem Jahr ist für 1983 eine leichte Belebung zu erwarten. Das Importwachstum, das 1982 bedingt durch den starken Lageraufbau hoch war, dürfte 1983 unter jenes der realen Exporte zurückfallen. Dies und eine leichte Verbesserung der Terms of Trade wird dazu führen, daß das Aktivum der Leistungsbilanz wieder etwas wächst. Das niedrige Wirtschaftswachstum von real 1% wird allerdings die Arbeitslosigkeit weiter steigen lassen.

Anhalten der Stagnation in Italien

Die Wirtschaftsaktivität Italiens, gemessen an der Entwicklung des realen BIP, hat in den letzten zwei Jahren stagniert. Die Industrieproduktion ist deutlich zurückgegangen. Die Arbeitslosigkeit hat zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg bereits auf mehr als 2 Millionen, d. s. über 9% der Erwerbsbevölkerung. Die Industrieproduktion liegt im Herbst um 5% unter dem Niveau des Vorjahres. Die Inflation hat sich bis Jahresmitte auf 15½% verringert, seither übersteigt sie wieder 17%. Die Verlangsamung ging auf die deutliche Beruhigung des Importpreisauftriebs zurück, der Wiederanstieg auf die Anhebung indirekter Steuern und öffentlicher Tarife im Juli. Das zu Jahresbeginn dynamische Exportwachstum endete bald und wurde von einem kräftigen Importwachstum abgelöst, da nach dem überaus starken Lagerabbau im Vorjahr in der ersten Jahreshälfte 1982 ein Lageraufbau einsetzte. Das Defizit der Leistungsbilanz hat sich dennoch nicht vergrößert, da sich die Terms of Trade erheblich verbesserten. Die inländische Endnachfrage stagnierte in der ersten Jahreshälfte. Das Wachstum des realen BIP von 3½% im 1. Halbjahr 1982 ging allein auf den Lageraufbau zurück. Beim sechsten EWS-Realignement Mitte Juni 1982 wurde die italienische Lira um 2¾% abgewertet. Die Lira-Schwäche hielt weiter an.

Abbildung 7

Konjunkturindikatoren Italiens  
Saisonbereinigt



Die Wirtschaftspolitik steht vor schwierigen Problemen. Einerseits ist die Gefahr einer neuerlichen Inflationsbeschleunigung nicht gebannt. Zum anderen macht das Defizit des Staatshaushalts bereits über 12% des BIP aus. Als zur Jahresmitte 1982 erkennbar wurde, daß das Defizit 1982 nicht unter das Niveau von 1981 gedrückt werden könnte, wurden Steuererhöhungen im Ausmaß von 2% des BIP eingeführt: Erhöhung der in Italien stark gestaffelten Mehrwertsteuersätze um 2 bis 3 Prozentpunkte (der höchste Satz für Luxusgüter stieg damit auf 38%), Erhöhung der Steuern für Erdölprodukte und der Sozialversicherungsbeiträge. Dennoch dürfte das Defizit heuer nur knapp unter 12% des BIP bleiben. Am Budget für 1983 ist Ende November die Regierung Spadolini gescheitert. Ein neues Budget für 1983 ist noch nicht bekannt. Daher gibt es große Unsicherheiten über mögliche fiskalpolitische Wirkungen auf die Wirtschaft. Die anhaltend hohen Budgetdefizite waren aber auch für die Geldpolitik eine wesentliche Beschränkung. Um Regierungsschatzwechsel zur Budgetfinanzierung beim Publikum unterzubringen, mußten die Zinsen hoch gehalten werden. Im November wurde die Rendite sogar von 17% auf 18½% angehoben. Nur die kurzfristigen Zinsen folgten dem international sinkenden Trend. Auch der Diskontsatz wurde im August um 1 Prozentpunkt auf 18% herabgesetzt.

Übersicht 15

Wirtschaftszahlen Italiens

	1981	1981	1982	1983
	Nomineil Billi Lire	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Privater Konsum	247 0	0,5	0,5	1,0
Öffentlicher Konsum	74 1	1,8	2,0	1,5
Brutto-Anlageinvestitionen	80,8	-0,2	-2,5	-2,0
Ausrüstungsinvestitionen	34 0	-1,3	-3,5	-3,0
Bauinvestitionen	46 8	0,8	-1,5	-1,5
Inländische Endnachfrage	401 9	0,6	0,5	0,5
Lagerbildung <sup>1)</sup>	3 6	-3,1	0,0	0,5
Gesamte Inlandsnachfrage	405,5	-2,6	0,5	1,0
Exporte i w S	107 2	4,8	6,0	2,5
Waren	—	4,1	6,0	2,5
Importe i w S	114 6	-5,2	4,0	3,0
Waren	—	-5,4	4,5	2,5
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	-7 4	2,4	0,5	-0,5
Brutto-Inlandsprodukt	—	-0,2	1,0	0,5
BIP-Deflator	—	17,6	17,0	16,0
BIP nominell	398 1	17,4	18,0	16,5
Produktivität (BIP je Beschäftigten)	—	-0,6	1,0	0,5

Q: OECD, nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

Die Kreditlimitlinien wurden im wesentlichen eingehalten. Die Kreditnachfrage war daher bei Spezialkreditinstituten (die nicht der Kreditlimitierung unterliegen) umso höher. Für 1983 wurden noch keine Geldmengenziele bekanntgegeben. Es ist jedoch zu erwarten, daß angesichts des hohen Finanzierungsbedarfs der Regierung die Zinsen hoch bleiben werden. Eine weitere Unsicherheit ergibt sich aus den noch nicht abgeschlossenen Lohnverhandlungen. Es stehen die Erneuerung der Dreijahres-Verträge und die Reform des Lohn-Indexierungssystems zwischen den Sozialpartnern zur Debatte. Über beide Punkte gibt es noch keine Einigung, sodaß man nur mit einer technischen Annahme über die Lohneinkommensentwicklung für 1983 operieren kann. Die OECD nimmt an, daß die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme 1983 um etwa 18½% (nach 19½% 1982) steigen wird.

1983 wird das dritte aufeinanderfolgende Jahr mit schwacher Wirtschaftsentwicklung sein, das BIP dürfte stagnieren oder nur wenig wachsen. Der private Konsum (wegen der real leichten Zunahme der verfügbaren Einkommen) und der öffentliche Konsum dürften leicht steigen. Die Investitionen werden auch 1983 noch deutlich sinken, da die Kreditbeschränkungen aufrecht bleiben, die Gewinnentwicklung heuer schwach war und große Unsicherheit über den Ausgang der Lohnrunde besteht. Im wesentlichen wird es nur Rationalisierungsinvestitionen geben. Bloß die staatliche Elektrizitätsgesellschaft (ENEL) dürfte ihre großen Projekte im Rahmen des langfristigen Energieplans 1983 durchziehen. Die öffentlichen Investitionen werden real leicht steigen. Damit wird die Investitionsquote (Investitionen in Prozent des BIP) das zweite aufeinanderfolgende Jahr zurückgehen (auf 19½% 1983). Es ist nicht zu erwarten, daß weitere Lager aufgestockt werden, da die Fertigwarenlager voll

sind und die hohen Zinsen eine unnötige Lagerbildung verhindern

Vom realen Außenbeitrag wird auch 1983 kein Wachstumsimpuls ausgehen, da man mit einem gleich starken realen Wachstum von Exporten und Importen rechnet. Bei einer zu erwartenden weiteren Verbesserung der Terms of Trade bedeutet dies, daß das Defizit in der Handels- und Leistungsbilanz abgebaut werden kann.

**Getrübe Wachstumsaussichten auch in den Kleinstaaten**

Nach dem etwas stärkeren Wachstumseinbruch der kleinen Länder unmittelbar nach der zweiten Erdölpreiskrise (das reale BIP wuchs 1981 nur um 0,8%, in den großen Ländern um 1,3%) ist nun auf Grund der Prognosen für 1982 (kleine Länder +0,5%, große Länder -0,5%) eine geringfügig bessere Entwicklung zu erwarten. 1983 dürfte sich das Wachstumsdifferen-

tial wieder umdrehen (kleine Länder +1%, große Länder +1,5%). Die Unterschiede liegen aber innerhalb der üblichen Unsicherheitsmargen von Prognosen. In beiden Länderblöcken hat sich das Wirtschaftswachstum von 4% in der Zeit von 1968 bis 1978 auf 1½% zwischen 1979 und 1983 abgeschwächt. Klammert man das Jahr 1979 aus, das noch relativ gute Wachstumsraten von 3% bis 3½% brachte, so ergibt sich für die kleinen und großen Länder in der Zeit von 1980 bis 1983 eine in der Nachkriegszeit unüblich lange Periode der Quasistagnation mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1%. Eine ähnliche Verlangsamung ist auch in der Entwicklung der Produktivität festzustellen. Die anhaltende Stagnation in den führenden Industrieländern, die nach Auslaufen der Folgen des zweiten Erdölpreisschocks mehr oder weniger durch eine bewußt deflationistische Politik verursacht wurde, hat die Konjunktorentwicklung in den kleinen Ländern über die hohe Außenhandelsverflechtung zwangsläufig mitbestimmt. Die Defizite in den Budgets der meisten kleinen Län-

Übersicht 16

**Prognosen für einige kleine Länder**

		Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Brutto-Anlageinvestitionen	Inländische Endnachfrage	Lagerbildung <sup>1)</sup>	Gesamte Inlandsnachfrage	Exporte i w S	Importe i w S	Außenbeitrag <sup>1)</sup>	Brutto-Inlandsprodukt
Veränderung gegen das Vorjahr in % zu konstanten Preisen											
Spanien	1981	-1,3	2,4	2,0	-0,3	-1,8	-2,1	7,3	-5,5	2,4	0,3
	1982	-1,0	2,5	3,0	0,5	0,5	1,0	5,0	2,5	0,5	1,5
	1983	0,5	2,5	3,5	1,5	0,0	1,5	4,5	3,0	0,5	2,0
Niederlande	1981	-2,6	1,3	-10,8	-3,5	-1,8	-5,4	0,9	-7,4	4,1	-1,2
	1982	-2,0	-0,5	-5,0	-2,5	0,5	-2,0	1,0	-0,0	1,0	-1,0
	1983	-2,5	1,0	-1,5	-2,0	0,5	-1,5	2,5	1,0	1,5	0,0
Schweden	1981	-0,5	2,0	-4,9	-0,7	-1,9	-2,7	1,4	-4,4	1,8	-0,8
	1982	-1,0	1,5	-3,0	-1,0	0,0	-1,0	5,0	1,5	1,0	0,0
	1983	-3,0	1,0	-1,5	-1,5	0,5	-1,0	6,5	-0,5	2,0	1,0
Belgien	1981	-1,4	0,6	-16,2	-4,1	0,1	-4,0	2,5	-1,4	2,3	-1,7
	1982	-1,0	-1,5	-4,5	-1,5	-0,0	-1,5	2,5	-0,0	1,0	-0,5
	1983	-0,5	-1,0	0,0	-0,5	0,0	-0,5	4,0	2,0	1,5	1,0
Schweiz	1981	0,5	0,5	3,0	1,2	-1,9	-0,7	4,7	-1,3	2,7	1,9
	1982	0,5	2,0	-3,5	-0,5	-0,5	-1,0	-1,5	-1,0	0,0	-1,0
	1983	0,0	0,5	-1,0	0,0	0,0	0,0	2,0	0,5	0,0	0,0
Österreich	1981	0,7	2,0	-2,0	0,2	-2,9	-2,6	7,8	1,0	2,7	0,0
	1982	1,5	2,0	-3,0	0,5	0,3	1,0	2,5	2,0	0,2	1,0
	1983	1,5	2,0	2,0	1,5	0,3	2,0	3,5	4,5	-0,3	1,5
Dänemark	1981	-1,1	3,0	-16,3	-2,8	0,0	-2,8	5,3	-2,1	2,4	-0,2
	1982	1,5	3,5	-2,0	1,5	0,0	1,5	1,5	3,0	-0,5	1,0
	1983	-1,0	0,5	-5,5	-1,5	-0,5	-2,0	3,5	-0,5	1,5	-0,5
Norwegen	1981	1,5	4,5	16,5	6,2	-4,6	1,3	0,6	1,7	-0,4	0,8
	1982	1,0	2,0	-3,5	-0,5	2,0	1,5	-2,5	3,5	-2,0	-0,5
	1983	1,0	2,5	1,5	1,5	0,5	2,0	1,0	4,5	-1,5	0,5
Finnland	1981	1,6	3,4	1,2	1,9	-2,9	-1,2	4,1	-3,9	2,5	1,4
	1982	0,5	4,0	-3,5	0,0	0,0	0,0	1,5	-0,0	0,5	0,5
	1983	-1,0	2,5	0,5	0,0	-0,5	-0,5	2,5	-1,0	1,5	1,0
Griechenland	1981	0,5	6,5	-10,1	-0,6	-1,0	-1,5	2,0	-1,0	0,6	-0,7
	1982	0,0	2,0	-5,5	-1,0	-0,5	-1,5	-2,0	-4,0	1,0	-0,5
	1983	0,0	2,0	-2,0	0,0	0,0	0,0	2,5	1,5	0,5	0,5
Portugal	1981	3,5	6,2	4,4	4,0	0,1	4,0	-2,0	5,5	-2,9	1,7
	1982	1,5	5,0	2,5	2,5	0,0	2,5	3,5	4,0	-0,5	2,0
	1983	1,0	5,0	1,5	1,5	0,0	1,5	5,0	3,0	0,5	2,0
Irland	1981	-0,5	-0,1	5,5	1,0	0,2	1,2	1,5	1,6	-0,2	1,1
	1982	-4,5	2,5	-6,0	-3,5	-0,0	-3,5	6,0	-2,5	4,5	1,0
	1983	-1,0	-1,5	2,0	-0,0	1,0	1,0	5,0	3,5	0,5	1,5

Q: OECD nationale und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes in Prozentpunkten

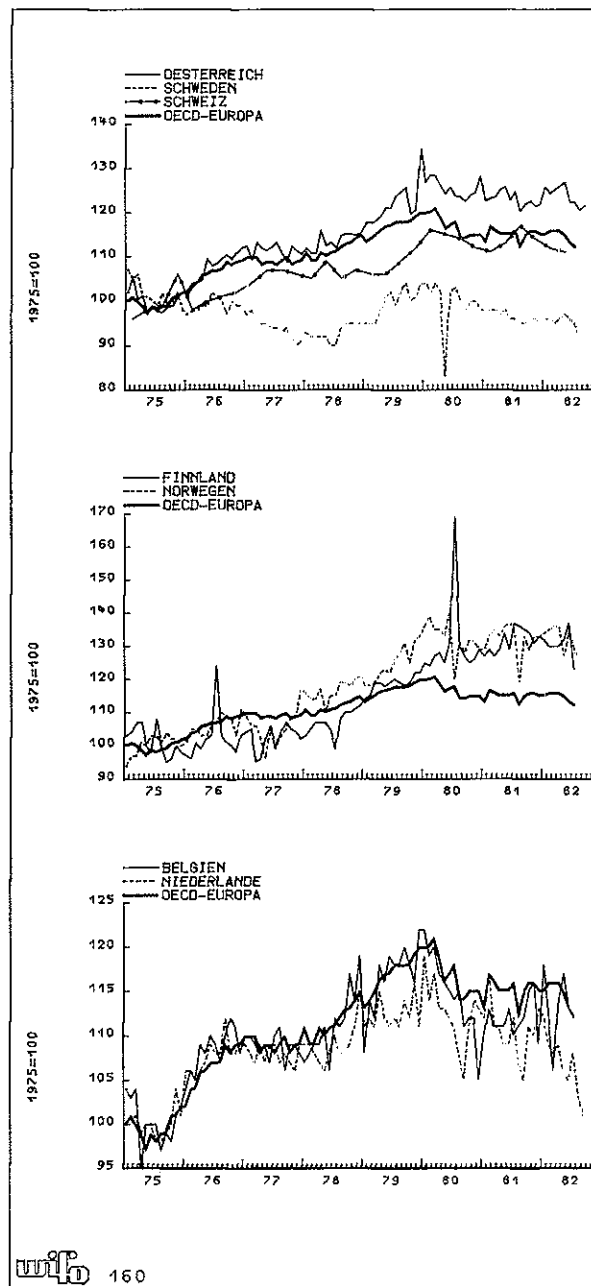


der haben sich rezessionsbedingt vergrößert, teilweise auch dadurch, daß (wie in Österreich, wo das Budgetdefizit des Gesamtstaates 1982 etwa 2½% des BIP ausmachen dürfte) bewußt eine expansive Politik (Beschäftigungsprogramme, Steigerung der öffentlichen Ausgaben) betrieben wurde. In Ländern mit bereits sehr hohen Budgetdefiziten (Belgien 1982 —12% des BIP, Niederlande —5½%, Dänemark —9½%, Schweden —5%) wurden heuer restriktive Maßnahmen (sowohl auf der Einnahmenseite durch Steuererhöhungen als auch auf der Ausgabenseite durch Kürzungen) zur Sanierung der Staatsfinanzen eingeleitet. In den skandinavischen Ländern setzte im Herbst ein Abwertungswettlauf ein. Schweden wertete mit Amtsantritt der neuen sozialistischen Regierung im Rahmen eines Sanierungsprogramms am 8. Oktober 1982 die Schwedenkrone um 16% ab (auch die Mehrwertsteuer wurde um 1 Prozentpunkt erhöht, nachdem sie am 1. November 1981 von 23,46% auf 20% gesenkt worden war). Finnland wertete in zwei Schritten ab: Anfang Oktober um 4% (gegenüber einem Währungskorb), dann nach der Abwertung der Schwedenkrone um 6%. Norwegen hatte bereits Anfang August und Anfang September jeweils um 3% (gegenüber einem Währungskorb) abgewertet. Dänemark hat sich dem Abwertungsschritt der nordischen Nachbarn im Oktober nicht angeschlossen, nachdem es bereits innerhalb des EWS-Realignment Ende Februar 1982 seine Währung um 3% abgewertet hatte (im Juni-Realignment blieb die Parität unverändert). Die Abwertungsschritte Schwedens überraschten etwas, da die Leistungsbilanzsituation einen solchen Schritt nicht unbedingt notwendig gemacht hätte. Dieser "nordische Abwertungswettlauf" hat alle Vorzeichen eines Beggar-my-neighbor-Verhaltens. Die Defizite der Leistungsbilanzen der kleinen Länder insgesamt werden 1983 konjunkturbedingt abnehmen, während sich die Leistungsbilanzposition der großen Länder (vor allem durch das Gewicht der USA) verschlechtern wird.

Im Gegensatz zu den großen Ländern, die ihre Wachstumshoffnung auf die Belebung der Inlandsnachfrage stützen, erwarten die kleinen Länder insgesamt eine Stagnation der Inlandsnachfrage 1983; dagegen wird vom Außenbeitrag ein geringer Wachstumsimpuls erhofft. Dieses Bild ist konsistent, denn die leicht steigende Inlandsnachfrage in den großen Industrieländern bildet die Auslandsnachfrage für die kleinen Länder. In beiden Länderblöcken wird kein wesentlicher Impuls von einem Lageraufbau erwartet.

Dieses Szenarium einer anhaltenden Quasistagnation hat natürlich fühlbare Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenrate der kleinen Länder insge-

Abbildung 8  
Industrieproduktion kleiner OECD-Länder  
Saisonbereinigt



samt wird von 9½% in diesem Jahr auf 10½% 1983 steigen (jene der großen Länder von 8¼% auf 9%). Das Ausmaß der rezessionsbedingten Verlangsamung der Inflationsrate ist in beiden Ländergruppen mit 1 Prozentpunkt gleich stark. Allerdings wird die Inflationsrate in den kleinen Ländern 1983 immer noch 10½% erreichen, während sie in den großen Ländern bereits auf 6% sinken wird.

Fritz Breuss